

Landesamt für Umwelt
Postfach 3026, 55020 Mainz

Kreisverwaltung Vulkaneifel
z. Hd. Herr Hein
Postfach 12 20
54543 Daun

Kaiser-Friedrich-Straße 7
55116 Mainz
Telefon 06131 6033-0
Telefax 06131 1432966
Mail Poststelle@lfu.rlp.de
www.lfu.rlp.de

24.10.2022

Mein Aktenzeichen 32-71 5 1 3 ZS
Bitte immer angeben! Ihr Schreiben vom 18.08.2022,
Az. 6-5610-Anderungsgenehmigung Wotan - Ersatzbrennstoffe

Ansprechpartnerin/E-Mail Telefon / Fax
Sabine Zerle +49 6131 6033 1306
Sabine.Zerle@lfu.rlp.de +49 6131 1432966

**Vollzug des § 5 Abs. 1 Nr. 3 BImSchG und der Abfallgesetze;
Änderungsgenehmigung nach § 16 BImSchG der Fa. Portlandzementwerk Wotan H. Schneider KG, Unten im Hähnchen 1, 54579 Üxheim am Standort: in der Gemarkung Üxheim - Ahütte, Flur 14, Flurstück 10/1
Vorhaben: Einsatz von Sekundärbrennstoffen (Ersatzbrennstoffen) mit nicht mehr als 25 % Anteil an der Gesamtfeuerungswärmeleistung im vorhandenen Drehrohren (max. 12- monatiger Versuchszeitraum) und Verwertung mineralischer Stoffe in der Klinkerproduktion**

Sehr geehrter Herr Hein,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich nehme Bezug den Antrag der Fa. Portlandzementwerk Wotan H. Schneider KG vom 08.08.2022, Posteingang LfU per E-Mail am 12.10.2022.

Das Unternehmen hatte bereits in der Vergangenheit eine Versuchsgenehmigung und eine Genehmigung für den Einsatz von Sekundärbrennstoffen¹ (28.08.2006) mit einem Anteil von nicht mehr als 25 % Anteil an der Gesamtfeuerungswärmeleistung im

¹ Genehmigte Sekundärbrennstoffe
16 01 03 Altreifen
19 12 10 Aufbereitete Gemische aus produktionsspezifischen Einzelabfällen (brennbare Abfälle - Brennstoffe aus Abfällen)

vorhandenen Drehrohrofen. Diese Genehmigung ist erloschen², da seit 2015 keine Sekundärrohstoffe mehr eingesetzt wurden. Nun wird der Einsatz von Sekundärrohstoffen für einen Versuchszeitraum von max. 12 Monaten (mit einem Anteil von nicht mehr als 25 %) beantragt. Die Versuchsreihen werden durch ein Messinstitut durchgeführt und begleitet. Zudem wird die Verwertung mineralischer Stoffe in der Klinkerproduktion beantragt.

1. Einsatz von Sekundärbrennstoffen

Zur Mitverbrennung sind folgende Sekundärbrennstoffe/Brennstoffe vorgesehen.

- AVV 19 12 10 Subcoal in Pelletform (~ 45 % Plastikfolie PE, PP; ~ 45 % Papierfaser; < 10% inertes Material (Glas, Keramik, Stein)): ca. 7.884 – 12.264 t/a
- AVV 19 12 10 BPG (Brennstoffe aus produktionsspezifischen Gewerbeabfällen; Fluff): ca. 12.264 – 17 520 t/a
- AVV 19 12 07 (kann AVV 17 02 04 und 20 03 07 enthalten) aufbereitetes Holz: 9.548 – 14.016 t/a

Die Abfallschlüsselnummern welche unter den o. g. Abfallschlüsselnummern enthalten sein können, sind in den Antragsunterlagen in 4 Gruppen aufgeteilt: Gruppe I (Holz, Papier, Pappe, Kartonage), Gruppe II (Textilien, Fasern), Gruppe III (Kunststoffe), Gruppe IV (Sonstige Stoffe).

Der Klinkerprozess mit Brennstoffen ist reststofffrei, die Asche befindet sich im Klinker.

2. Verwertung mineralischer Stoffe in der Klinkerproduktion

Feuerfest- und Isoliermaterialien, welche aus den Ofenanlagen einschl. Warmetauscherturm zur Wärmeisolierung anfällt (ca. 150 t/a), sollen wieder in die Klinkerproduktion ruckgeführt werden. Die mögliche Zugabemenge in den Produktionsprozess liegt

² § 18 Abs 1 Nr 2 BImSchG Genehmigung erlischt, wenn die Anlage während eines Zeitraums von mehr als 3 Jahren nicht mehr betrieben worden ist

bei < 1 %. Diese mineralischen Stoffe entsprechen den Mineralien³, die auch im Rohmaterial der Klinkerherstellung enthalten sind, zzgl. können weitere Bestandteile wie z. B. Siliciumcarbid enthalten sein. Diese Stoffe fallen nicht als „Abfall“ an, da sie nach Anfall auf dem Werksgelände wieder in den Produktionsprozess rückgeführt werden. Das Material soll gebrochen und in den Herstellungsprozess rückgeführt werden.

Hinweise:

In Formular 4 – Gehandhabte Stoffe ist unter E1 Isolier- und Feuerfestmaterial eine Menge von 250t/h und 150 t/a angegeben. Ich gehe davon aus, dass es sich um die Menge von 250 kg/h handelt.

Gegen das geplante Vorhaben bestehen aus abfallwirtschaftlicher Sicht keine Bedenken, wenn die nachfolgend aufgeführten Nebenbestimmungen/Hinweise beachtet werden:

1. Die **Betriebsordnung** und das **Betriebshandbuch** sind fortzuschreiben und den betrieblichen Änderungen anzupassen. Diese sind der *Kreisverwaltung Vulkaneifel* vorzulegen.
2. Bei Anlieferung der Abfälle ist eine Eingangskontrolle durchzuführen. Diese umfasst eine Mengenermittlung, Feststellung des Abfallschlüssels und Sichtkontrolle. Bei der Sichtkontrolle ist insbesondere zu überprüfen, ob nur für die Anlage **zugelassene Abfälle** enthalten sind. Nicht zugelassene Abfälle sind zurückzuweisen, die Zurückweisung ist im Betriebstagebuch zu dokumentieren. Es ist eine genaue Arbeitsanweisung der Annahmekontrolle zu erstellen, in der Anlage jederzeit griffbereit vorzuhalten und regelmäßig auf dem neusten Stand zu halten.
3. Die Verwendung von Sekundärbrennstoffen im Produktionsprozess der Klinkerherstellung ist auf die beantragten Abfälle und auf einen max. 12-monatigen Versuchsbetrieb begrenzt.

³ Kalziumoxid (CaO), Siliziumoxid (SiO₂), Magnesiumoxid (MgO) [Magnesia], Eisenoxid (Fe₂O₃) und Aluminiumoxid (Al₂O₃) [Bauxit calciniert] sowie komplexere Verbindungen dieser Stoffe wie z. B. Herzynit [FeAl₂O₄] und Aluminiumsilicat [Al₂O₅Si]

4. Die Ergebnisse des Probebetriebes sind der Kreisverwaltung Vulkaneifel und dem LfU, Ref 32 zusammen mit einer Auswertung des Einsatzes der Abfälle bezüglich dessen Auswirkungen auf die Produkteigenschaften sowie dessen Schadstoffgehaltes insbes. Schwermetalle zu übermitteln.

Zur Erarbeitung dieser Stellungnahme fielen im Referat 32 des LfU gem. § 2 des besonderen Gebührenverzeichnisses vom 28.08.2019 (GVBl. 2019, S. 235) Kosten in Höhe von 250,00 € an (Mindestkostenpauschale).

Die Kostenmitteilung erfolgt in einem gesonderten Schreiben.

Wir bitten darum, uns nach Abschluss des Verfahrens den Genehmigungsbescheid und die ggf. ergänzten/überarbeiteten Anzeigeunterlagen zukommen zu lassen.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Sabine Zerle

Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord
Postfach 4020 I 54230 Trier

Kreisverwaltung Vulkaneifel
Mainzer Str 25
54550 Daun

**REGIONALSTELLE
GEWERBEAUFSICHT**

Deworastraße 8
54290 Trier
Telefon 0651 4601-0
Telefax 0651 4601-5200
poststelle@sgdnord.rlp.de
www.sgdnord.rlp.de

02.12.2022

Mein Aktenzeichen	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/-in / E-Mail	Telefon / Fax
24/03/5 1/2022/0103	18.08.2022	Manfred Groben	0651/4601-5222
Bitte immer angeben!	6-5610	Manfred.Groben@sgdnord.rlp.de	0261/120-885222

Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)

Antragsteller: Firma Portlandzementwerk Wotan H. Schneider KG, Unten im Hähnchen 1, 54579 Üxheim

Antrag auf wesentliche Änderung einer Anlage zur Herstellung von Zementklinker oder Zementen;

Einsatz von Sekundärbrennstoffen (Ersatzbrennstoffen) mit nicht mehr als 25 % Anteil an der Gesamtfeuerungswärmeleistung im vorhandenen Drehrohrofen (max. 12-monatiger Versuchszeitraum) und Verwertung mineralischer Stoffe in der Klinkerproduktion, Gemarkung Üxheim-Ahütte, Flur 14, Flurstück 10/1

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Vorhaben unterliegt den Bestimmungen des UVP-G, wonach im Einzelfall eine allgemeine Vorprüfung erforderlich ist (Anhang 1 Nr. 2.2.2 UVP-G). Hinsichtlich der von hier aus zu vertretenden Belange wird im vorliegenden Fall die Notwendigkeit der Durchführung einer UVP als nicht erforderlich angesehen.

Auf die öffentliche Bekanntmachung des Vorhabens sowie der Auslegung des Antrags und der Unterlagen wird verzichtet, da erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die in § 1 BImSchG genannten Schutzgüter nicht zu befürchten sind.

1/21

Kernarbeitszeiten
09.00-12.00 Uhr
14.00-15.30 Uhr
Freitag 09.00-13.00 Uhr

Verkehrsanbindung
5 Minuten Fußweg vom
Hauptbahnhof

Parkmöglichkeiten
Ostallee Parkhaus
„Alleencenter“

Gegen die Erteilung der Genehmigung nach §§ 10 und 16 BImSchG in Verbindung mit Nr. 2.3.1 Verfahrensart V des Anhangs 1 der Vierten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes bestehen von Seiten der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord (Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz und Regionalstelle Gewerbeaufsicht) keine Einwendungen, wenn die Anlage entsprechend den vorgelegten Unterlagen und folgenden Nebenbestimmungen errichtet und betrieben wird:

Stellungnahme der Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft und Bodenschutz (WAB) Trier

LAGE

Ein Wasserschutzgebiet, Heilquellenschutzgebiet oder Überschwemmungsgebiet ist nicht betroffen.

Für den Bereich des Vorhabens sind keine bodenschutzrelevanten Flächen (Verdachtsflächen, Altlasten, altlastverdächtige Flächen) registriert.

FACHLICHE ANMERKUNGEN

Die zur Abfallmitverbrennung vorgesehenen festen Gemische gelten gemäß § 3 Absatz 2 Nr. 8 AwSV als allgemein wassergefährdend (awg) und unterliegen unter anderem den Anforderungen der AwSV.

Maßnahmen zur Rückhaltung im Brandfall halten wir aufgrund der vorgesehenen Lagermenge von bis zu 5 t in Big Bags sowie bei Anlieferung einem LKW-Container (max. 90 m³ bzw. 50 t) für nicht erforderlich.

Aus abfallrechtlicher Sicht bestehen gegen die Mitverbrennung der genannten Abfallarten keine Bedenken. Auf Grund der in den Antragsunterlagen dargestellten vorhandenen technischen Anlagen und den betrieblichen Maßnahmen, insbesondere Beschränkung auf ausgewählte Abfallarten, Qualitätssicherungsmaßnahmen und Kontrollen sowie der entsprechenden Nebenbestimmungen sind aus abfallrechtlicher

Sicht bezüglich der beantragte Änderung keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf die in § 1 a der 9 BImSchV genannten Schutzgüter zu erwarten

Dem beantragten Verzicht auf die öffentliche Bekanntmachung des Vorhabens sowie der Auslegung des Antrags und der Unterlagen kann zugestimmt werden. Die Durchführung einer UVP halten wir für nicht erforderlich.

HINWEISE UND NEBENBESTIMMUNGEN

Wir bitten, folgende Hinweise und Nebenbestimmungen in den Bescheid aufzunehmen:

Anforderungen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und zum Abfallrecht

I. Hinweise

1. Das Grundstück liegt in der Erdbebenzone 0.
2. Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen müssen dicht, standsicher und gegenüber den zu erwartenden mechanischen, thermischen und chemischen Einflüssen hinreichend widerstandsfähig sein (§ 17 Absatz 2 AwSV). Die Anlagen dürfen nur entsprechend den allgemein anerkannten Regeln der Technik beschaffen sein sowie errichtet, unterhalten, betrieben und stillgelegt werden (§ 62 Absatz 2 WHG). Dazu zählen insbesondere die in § 15 AwSV genannten Regeln, unter anderem die im DWA-Regelwerk als Arbeitsblätter veröffentlichten technischen Regeln wassergefährdender Stoffe (TRwS)¹.

II. Betriebliche Anforderungen

3. Für die Anlage(n) zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen ist eine **Anlagendokumentation** gemäß § 43 AwSV zu führen (d. h. zu erstellen und aktuell zu halten), in der die wesentlichen Informationen über die Anlage(n) enthalten sind². Die Dokumentation ist bei einem Wechsel des Betreibers an den neuen Betreiber zu übergeben.

¹ Erhältlich im DWA-Shop unter <https://webshop.dwa.de/>

² Hilfestellung dazu gibt die „Arbeitshilfe Anlagendokumentation“ der SGD'en Nord und Süd

- 4 Das ausgefüllte Merkblatt zu Betriebs- und Verhaltensvorschriften beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen nach Anlage 4 AwSV ist an gut sichtbarer Stelle in der Nähe der **Feststoffdosieranlage** dauerhaft anzubringen (§ 44 Absatz 4 AwSV)

III. Brandschutz

5. Sofern Teile der Anlage(n) zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen nicht einer Brandeinwirkung von 30 Minuten Dauer widerstehen, ohne undicht zu werden, sind geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um eine Brandübertragung aus der Nachbarschaft oder eine Entstehung von Bränden in der Anlage selbst zu verhindern. Geeignete Maßnahmen sind solche nach TRwS 779 Abschnitt 8 1 Absatz 3

IV. Überwachungspflichten

- 6 Die Dichtheit von Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und die Funktionsfähigkeit deren Sicherheitseinrichtungen sind regelmäßig zu kontrollieren (§ 46 Absatz 1 AwSV). Festgestellte Mängel sind zeitnah zu beseitigen

V. Feststoffdosieranlage

7. Es darf immer nur ein LKW-Container entladen werden.
- 8 Es dürfen maximal 5 t Sekundärbrennstoff in Big Bags gelagert werden

VI. Positivliste der zugelassenen energetisch verwertbaren Abfallarten

- 9 Für den Einsatz Sekundärbrennstoffe werden folgende Abfallarten zugelassen:

- Abfallschlüssel 19 12 10 - brennbare Abfälle (Brennstoffe aus Abfällen),
- Holzabfälle

Abfallschlüssel	Bezeichnung	Altholzkategorie*
02 01 07	Abfälle aus der Forstwirtschaft	-----
03 01 01	Rinden und Korkabfälle	-----

03 01 05	Sagemehl, Späne, Abschnitte, Holz, Spanplatten und Furniere mit Ausnahme derjenigen, die unter 03 01 04* fallen	A I, A II
03 03 01	Rinden und Holzabfälle	-----
17 02 01	Holz	A I, A II
19 12 07	Holz mit Ausnahme desjenigen, das unter 19 12 06* fällt	-----
20 01 38	Holz mit Ausnahme desjenigen, das unter 20 01 37* fällt	A I, A II, A III

*Zuordnung im Regelfall gemäß Altholzverordnung

- 10 In den aufbereitenden Gemischen dürfen nur Abfälle mit folgenden Abfallschlüsseln und Bezeichnungen enthalten sein.

Gruppe I: Holz, Papier, Pappe, Kartonage

- 02 01 03 Abfälle aus pflanzlichem Gewebe
- 02 01 07 Abfälle aus der Forstwirtschaft
- 03 01 01 Rinden und Korkabfälle
- 03 01 05 Sagemehl, Späne, Abschnitte, Holz, Spanplatten und Furniere mit Ausnahme derjenigen, die unter 03 01 04* fallen
- 03 03 01 Rinden und Holzabfälle
- 03 03 02 Sulfitschlämme (aus der Rückgewinnung von Kochlaugen)
- 03 03 07 mechanisch abgetrennte Abfälle aus der Auflösung von Papier- und Pappabfällen
- 03 03 08 Abfälle aus dem Sortieren von Papier und Pappe für das Recycling
- 03 03 10 Faserabfälle, Faser-, Füller- und Überzugschlämme aus der mechanischen Abtrennung
- 15 01 01 Verpackungen aus Papier und Pappe
- 15 01 03 Verpackungen aus Holz
- 17 02 01 Holz
- 19 12 01 Papier und Pappe
- 19 12 07 Holz mit Ausnahme desjenigen, das unter 19 12 06* fällt
- 20 01 01 Papier und Pappe/Karton
- 20 01 38 Holz mit Ausnahme desjenigen, das unter 20 01 37* fällt

Gruppe II: Textilien, Fasern

04 02 09	Abfälle aus Verbundmaterialien (imprägnierte Textilien, Elastomer, Plastomer)
04 02 10	organische Stoffe aus Naturstoffen (z.B. Fette, Wachse)
04 02 15	Abfälle aus dem Finish mit Ausnahme derjenigen, die unter 04 02 14* fallen
04 02 21	Abfälle aus unbehandelten Textilfasern
04 02 22	Abfälle aus verarbeiteten Textilfasern
15 01 09	Verpackungen aus Textilien
19 12 08	Textilien
20 01 10	Bekleidung
20 01 11	Textilien

Gruppe III: Kunststoffe

02 01 04	Kunststoffabfälle (ohne Verpackungen)
07 02 13	Kunststoffabfälle
08 03 18	Tonerabfälle mit Ausnahme derjenigen, die unter 08 03 17* fallen
12 01 05	Kunststoffspäne und -drehspäne
15 01 02	Verpackungen aus Kunststoff
15 01 05	Verbundverpackungen
15 01 06	gemischte Verpackungen
16 01 19	Kunststoffe
17 02 03	Kunststoff
17 06 04	Dämmmaterial mit Ausnahme desjenigen, das unter 17 06 01* und 17 06 03* fällt
19 12 04	Kunststoff und Gummi
20 01 39	Kunststoffe

Gruppe IV: sonstige Stoffe

08 02 01	Abfälle von Beschichtungspulver
09 01 07	Filme und fotografische Papiere, die Silber oder Silberverbindungen enthalten
09 01 08	Filme und fotografische Papiere, die kein Silber und keine Silberverbindungen enthalten

VII. Anforderungen an Ersatzbrennstoffe (Richtwerte, Nachweise, Analysen)

11 Zulässiger Gehalt an Inhaltsstoffen / Schwermetallen)

Parameter	Praxiswert (mg/kg TS)	(mg/MJ)	Maximalwert (mg/kg TS)
Cadmium	4 0,2		8
Quecksilber	0,3	0,015	0,6
Thallium	1	0,05	2
Arsen	5	0,25	13
Kobalt	6	0,30	12
Nickel	25	1,25	50
Selen	2	0,1	4
Tellur	2	0,1	4
Antimon	50	2,5	100
Blei	70	3,5	150
Chrom	40	2	100
Kupfer	120	6	300*
Mangan	50	2,5	100
Vanadium	10	0,5	25
Zinn	30	1,5	70
Beryllium	0,5	0,025	2

* Überschreitungen von maximal 50 % aufgrund von Inhomogenitäten sind im Einzelfall zulässig
Rückstellproben der betroffenen Chargen sind erneut zu analysieren

12. Die vorgenannten Schwermetallgehalte sind gultig ab einem Heizwert H_u von 20 MJ/kg TS für produktionsspezifische Abfälle. Bei Unterschreitungen dieser Heizwerte (bis > 11 MJ/kg) sind die genannten Werte entsprechend abzusenken.
13. Die als Ersatzbrennstoff eingesetzten Abfälle müssen die vorgenannten Maximalwerte einhalten und einen unteren Heizwert H_u von 11 MJ/kg aufweisen. Dies gilt auch für Einzelabfälle in aufbereiteten Ersatzmischungen. Dies hat der Aufbereiter durch entsprechende Analysen zu belegen. Weiterhin muss eine Bestätigung vorliegen, dass aufgrund der Herkunft der Abfälle nicht mit dem Vorhandensein polychlorierter Dibenzodioxine/-furane zu rechnen ist.

VIII. Abfallannahme/Deklarationsanalyse

14. Vor der Annahme des Abfalls in der Abfallmitverbrennungsanlage ist vom Betreiber die Masse einer jeden Abfallart gemäß der Abfallverzeichnis-Verordnung zu bestimmen.

15. Die Ersatzbrennstoffe dürfen nur angenommen werden, wenn für jede angelieferte Charge Deklarationsanalysen vom Abfallaufbereiter vorgelegt werden. Die Deklarationsanalysen müssen folgende Angaben und Parameter enthalten:

- Heizwert
- Schwermetalle gemäß vorstehender Aufstellung
- Schwefel
- Chlor gesamt
- Fluor gesamt
- Polychlorierte Biphenyle (PCB)
- Pentachlorphenol (PCP)

sowie für die Ersatzstoffmischung die enthaltenen Einzelabfälle (Abfallschlüssel) deren Herkunft und deren Anteil an der Gesamtmischung.

16. Andert sich bei weiteren Anlieferungen die Zusammensetzung nicht, ist eine Bestätigung des Aufbereiters, dass der Ersatzbrennstoff der vorliegenden Deklarationsanalyse entspricht, ausreichend.
17. Anhand der Angaben der Deklarationsanalyse und der Begleitpapiere ist unmittelbar bei der Anlieferung eine Identitätskontrolle durchzuführen.
18. Durch Sichtkontrollen und Sortierung nach § 5 Altholzverordnung ist sicherzustellen, dass nur zugelassene Altholzkategorien angenommen werden
19. Bei der Annahme ist eine Kontrolle von Altholz zur energetischen Verwertung gemäß § 7 Altholzverordnung (AltholzV) durchzuführen. Dazu sind Chargen von vorgebrochenem Altholz von jeweils nicht mehr als 500 Tonnen auf dessen ordnungsgemäße Zuordnung zu den Altholzkategorien gemäß Anhang V AltholzV zu untersuchen

IX. Probenahme/Rückstellproben und Analysen

20. Von den angelieferten Ersatzbrennstoffmischungen (AVV 19 12 10 und Holzgemische) sind von jeder Charge oder mindestens einmal pro Woche eine 10 Liter Probe bestehend aus 3 Einzelprobenahmen aus dem Anlieferungsbereich zu nehmen und zusammenzustellen. Herkunft, Art und Lieferdatum des Ersatzbrennstoffes müssen aus der Beschriftung eindeutig hervorgehen

21. Monatlich sind aus den Wochenproben durch homogenisieren und definierte Probenteilung zwei Monatsproben herzustellen und entsprechend zu beschriften. Probe 1 ist für die Dauer eines halben Jahres aufzubewahren. Probe 2 ist zur Herstellung einer „Quartalsprobe“ zusammenzustellen und in einem externen Labor auf die Parameter der Deklarationsanalyse zu überprüfen.
22. Bei Überschreiten der zulässigen Maximalwerte sind die Genehmigungsbehörde und die SGD Nord unverzüglich zu informieren.
23. Ergeben die Untersuchungen Anreicherungen von Schadstoffen, insbesondere Schwermetallen im Produkt, so ist dies unverzüglich der Genehmigungsbehörde zu melden.

X. Dokumentation

24. Der Betreiber hat ein Betriebstagebuch zu führen, in dem alle wesentlichen Daten enthalten sein müssen, insbesondere
 - Belege über die angelieferten Ersatzbrennstoffe (Art, Menge, etc.);
 - Angaben gemäß § 12 Altholzverordnung
 - Analysenergebnisse;
 - Besondere Vorkommnisse, Betriebsstörungen, einschl. möglicher Ursachen und erfolgter Abhilfemaßnahmen;
 - Dokumentation der Eigenüberwachung der Anlage
25. Das Betriebstagebuch ist von der verantwortlichen Person regelmäßig zu überprüfen und abzuzeichnen. Das Betriebstagebuch ist für die jederzeitige Einsichtnahme durch die Überwachungsbehörden bereitzuhalten. Besondere Vorkommnisse sind unverzüglich zu melden.

Stellungnahme der Regionalstelle Gewerbeaufsicht Trier

1. Der mit den Sekundärbrennstoffen dem Drehrohrföfen zugeführte Energieanteil darf zu keiner Zeit 25 % der insgesamt zugeführten Wärmeenergie überschreiten. Hierzu ist die jeweilige Aufgabemenge unter Berücksichtigung des Heizwertes zu begrenzen, zu überwachen und zu registrieren.

2. Die im Abgas des Zementdrehrohrofens enthaltenen Emissionen der nachstehend genannten Stoffe dürfen beim Betrieb der SCR-Anlage (selektive katalytische Reduktion) folgende Massenkonzentrationen im Normzustand (273,15 K; 101,3 kPa) nach Abzug des Feuchtegehaltes an Wasserdampf nicht überschreiten:

Tages- und Halbstundenmittelwerte:

a) Gesamtstaub

- sämtliche Tagesmittelwerte 10 mg/m³
- sämtliche Halbstundenmittelwerte 30 mg/m³

b) Stickstoffmonoxid und Stickstoffdioxid,
angegeben als Stickstoffdioxid

- sämtliche Tagesmittelwerte 200 mg/m³

c) Ammoniak

- sämtliche Tagesmittelwerte 30 mg/m³

d) gasförmige anorganische Chlorverbindungen,
angegeben als Chlorwasserstoff

- sämtliche Tagesmittelwerte 10 mg/m³
- sämtliche Halbstundenmittelwerte 60 mg/m³

e) gasförmige anorganische Fluorverbindungen,
angegeben als Fluorwasserstoff

- sämtliche Tagesmittelwerte 1 mg/m³
- sämtliche Halbstundenmittelwerte 4 mg/m³

h) Quecksilber und seine Verbindungen,
angegeben als Quecksilber

- sämtliche Tagesmittelwerte 0,03 mg/m³
- sämtliche Halbstundenmittelwerte 0,05 mg/m³

i) Benzol* 3 mg/m³

* anzustreben ist eine Massenkonzentration für Benzol von 0,5 mg/m³. Die Möglichkeiten, die Emissionen an Benzol aus dem Abgas in Anlagen durch feuerungs-

technische oder andere dem Stand der Technik entsprechende Maßnahmen weiter zu vermindern, sind auszuschöpfen.

Ausnahme 1:

Auf Antrag des Betreibers werden aufgrund § 24 Abs. 1 i.V.m. der Anlage 3 Nr 2.1.2 und 2.4.2 der Siebzehnten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über die Verbrennung und die Mitverbrennung von Abfällen - 17. BImSchV) vom 02.05.2013 abweichend von den Bestimmungen der 17. BImSchV für nachstehend genannte Stoffe folgende Emissionsbegrenzungen festgelegt:

Tagesmittelwerte:

- | | |
|---|-----------------------|
| - Schwefeldioxid und Schwefeltrioxid,
angegeben als Schwefeldioxid | 450 mg/m ³ |
| - organische Stoffe,
angegeben als Gesamtkohlenstoff | 100 mg/m ³ |
| - Kohlenmonoxid | 1,5 g/m ³ |

Halbstundenmittelwert:

- | | |
|---|-----------------------|
| - Schwefeldioxid und Schwefeltrioxid,
angegeben als Schwefeldioxid | 600 mg/m ³ |
|---|-----------------------|

Die betriebsbedingten Ausfallzeiten der SCR-Anlage dürfen maximal 5 Prozent der jährlichen Ofenlaufzeit des Zementdrehrohrofens betragen. Während der Ausfallzeit der SCR-Anlage muss zur Reduktion der Stickstoffemissionen die vorhandene selektive nichtkatalytische Reduktion (SNCR-Anlage) betrieben werden

Beim Betrieb der SNCR-Anlage sind die Emissionsbegrenzungen der Nr. 2 einzuhalten.

Ausnahme 2:

Auf Antrag des Betreibers werden beim Betrieb der SNCR-Anlage aufgrund § 24 Abs 1 i.V.m. der Anlage 3 Nr. 2 1 2 und 2 4 2 der Siebzehnten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über die Verbrennung und die Mitverbrennung von Abfällen - 17. BImSchV) vom 02.05.2013 abweichend von den Bestimmungen der 17. BImSchV für nachstehend genannte Stoffe folgende Emissionsbegrenzungen festgelegt:

Tagesmittelwerte:

- | | |
|---|-----------------------|
| - Ammoniak | 150 mg/m ³ |
| - Stickstoffmonoxid und Stickstoffdioxid,
angegeben als Stickstoffdioxid | 0,45 g/m ³ |
| - organische Stoffe,
angegeben als Gesamtkohlenstoff | 100 mg/m ³ |
| - Schwefeldioxid und Schwefeltrioxid,
angegeben als Schwefeldioxid | 450 mg/m ³ |

Halbstundenmittelwert:

- | | |
|---|-----------------------|
| - Schwefeldioxid und Schwefeltrioxid,
angegeben als Schwefeldioxid | 450 mg/m ³ |
|---|-----------------------|

- 3 Insgesamt dürfen die im Abgas des Zementdrehrohrofens enthaltenen Emissionen der nachstehend genannten Stoffe folgende Massenkonzentrationen im Normzustand (273,15 K; 101,3 kPa) nach Abzug des Feuchtegehaltes an Wasserdampf als Jahresmittelwerte nicht überschreiten.

Jahresmittelwerte:

- | | |
|---|-----------------------|
| - Stickstoffmonoxid und Stickstoffdioxid,
angegeben als Stickstoffdioxid | 200 mg/m ³ |
| - Ammoniak | 30 mg/m ³ |
| - Schwefeldioxid und Schwefeltrioxid,
angegeben als Schwefeldioxid | 150 mg/m ³ |
| - organische Stoffe,
angegeben als Gesamtkohlenstoff | 30 mg/m ³ |
| Kohlenmonoxid | 1 g/m ³ |

Alle unter der Nr. 2 und 3 aufgeführten Emissionswerte beziehen sich auf den Normzustand (273 K, 1013 hPa) nach Abzug des Feuchtegehalts an Wasserdampf und auf einen festen Bezugssauerstoffgehalt von 10 Prozent

Die Emissionsbegrenzung für Chlorwasserstoff, Fluorwasserstoff, Quecksilber und Benzol gilt als eingehalten, wenn:

- sämtliche Tagesmittelwerte die festgelegte Massenkonzentration nicht überschreiten und
- sämtliche Halbstundenmittelwerte das 2-fache der festgelegten Massenkonzentration nicht überschreiten

Die Emissionsbegrenzung für Staub gilt als eingehalten, wenn:

- sämtliche Tagesmittelwerte die festgelegte Massenkonzentration nicht überschreiten und
- sämtliche Halbstundenmittelwerte das 3-fache der festgelegten Massenkonzentration nicht überschreiten

Die Emissionsbegrenzung für Stickstoffdioxid, Ammoniak, Schwefeldioxid, Gesamtkohlenstoff und Kohlenmonoxid gilt als eingehalten, wenn:

- sämtliche Tagesmittelwerte die festgelegte Massenkonzentration nicht überschreiten und
- sämtliche Jahresmittelwerte die festgelegte Massenkonzentration nicht überschreiten.

4. Beim Betrieb des Zementdrehrohrofens dürfen die Emissionen nachstehend genannter Stoffe keine der jeweils festgelegten Massenkonzentrationen im Normzustand (0 °C, 1013 mbar) nach Abzug des Feuchtegehaltes an Wasserdampf überschreiten.

a) Cadmium und seine Verbindungen

angegeben als Cd,

Thallium und seine Verbindungen

angegeben als Tl

jeweils als Mittelwert der über die

jeweilige Probenahmezeit gebildet ist insgesamt 0,05 mg/m³

b) Antimon und seine Verbindungen

angegeben als Sb,

Arsen und seine Verbindungen

angegeben als As,

Blei und seine Verbindungen

angegeben als Pb,

Chrom und seine Verbindungen

angegeben als Cr,

Cobalt und seine Verbindungen

angegeben als Co,

Kupfer und seine Verbindungen

angegeben als Cu,

Mangan und seine Verbindungen

angegeben als Mn,

Nickel und seine Verbindungen

angegeben als Ni,

Vanadium und seine Verbindungen

angegeben als V,

Zinn und seine Verbindungen

angegeben als Sn

jeweils als Mittelwert der über die

jeweilige Probenahmezeit gebildet ist insgesamt 0,5 mg/m³

c) Arsen und seine Verbindungen

(außer Arsenwasserstoff),

angegeben als As
Benzo(a)pyren
Cadmium und seine Verbindungen
angegeben als Cd
wasserlösliche Cobaltverbindungen
angegeben als Co
Chrom(VI)Verbindungen
(außer Bariumchromat und Bleichromat),
angegeben als Cr insgesamt 0,05 mg/m³

d) Formaldehyd 5 mg/m³

e) Dioxine, Furane und PCB
als Summenwert nach Anlage 1 der 17. BImSchV
als Mittelwert der über die jeweilige Probenahmezeit gebildet ist 0,1 ng/m³

Alle unter der Nr. 3 aufgeführten Emissionsgrenzwerte beziehen sich auf den Normzustand (273 K, 1013 hPa) nach Abzug des Feuchtegehalts an Wasserdampf und auf einen festen Bezugssauerstoffgehalt von 10 Prozent.

5. Die Massenkonzentration an

- Stickstoffoxiden
- Schwefeloxiden
- Staub
- Kohlenmonoxid
- Gesamtkohlenstoff
- Ammoniak

im Abgas des Zementdrehrohrofens sind durch kontinuierlich messende Geräte feststellen zu lassen.

Überschreitungen sind gesondert auszuweisen und der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Regionalstelle Gewerbeaufsicht Trier unverzüglich mitzuteilen.

Ebenso sind kontinuierlich zu ermitteln

- der Volumengehalt an Sauerstoff im Abgas

- die zur Beurteilung des ordnungsgemäßen Betriebes erforderlichen Betriebsgrößen, insbesondere Abgastemperatur, Abgasvolumen und Abgasfeuchte.

Für die kontinuierliche Messung sind geeignete Messeinrichtungen einzusetzen, welche die zu überwachenden Massenkonzentrationen kontinuierlich ermitteln, registrieren und auswerten

Über die Ergebnisse der Messungen sind Messberichte zu erstellen und innerhalb von 3 Monaten nach Ablauf eines jeden Kalenderjahres hier vorzulegen
Die Messergebnisse sind beim Betreiber 5 Jahre lang aufzubewahren

Bei den kontinuierlichen Messungen ist für jede aufeinanderfolgende halbe Stunde der Halbstundenmittelwert zu bilden. Die Halbstundenmittelwerte sind auf die Bezugsgrößen umzurechnen und mit den dazugehörigen Statussignalen zu speichern. Die Auswertung ist durch geeignete Emissionsrechner, deren Einbau und Parametrierung von einer bekannt gegebenen Stelle überprüft wurde, vorzunehmen. Aus den Halbstundenmittelwerten ist für jeden Kalendertag der Tagesmittelwert, bezogen auf die tägliche Betriebszeit, zu bilden. Die Tagesmittelwerte sind als Häufigkeitsverteilung zu speichern.

- 6 Kontinuierliche Messeinrichtungen sind durch eine von der obersten Landesbehörde für die Kalibrierung bekannt gegebene Stelle kalibrieren und jährlich einmal auf Funktionsfähigkeit überprüfen zu lassen. Die Kalibrierung ist nach jeder wesentlichen Änderung, im Übrigen im Abstand von 3 Jahren zu wiederholen. Die Berichte über das Ergebnis der Kalibrierung und der Prüfung der Funktionsfähigkeit sind der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Regionalstelle Gewerbeaufsicht Trier innerhalb von 8 Wochen vorzulegen.
Die Funktionsüberprüfung der Einrichtungen zur kontinuierlichen Feststellung der Emissionen ist jährlich zu wiederholen.
Der Betreiber ist verpflichtet, für eine regelmäßige Wartung und Prüfung der Funktionsfähigkeit zu sorgen, erforderlichenfalls ist hierfür ein Wartungsvertrag mit dem Hersteller der Geräte abzuschließen.

Ausnahme 3:

7. Auf Antrag des Betreibers wird aufgrund § 16 Abs 6 und 8 der 17. BImSchV zugelassen, auf die Durchführung kontinuierlicher Messungen von Quecksilber und seinen Verbindungen, Chlorwasserstoff und Fluorwasserstoff zu verzichten.
8. Über die Auswertung der kontinuierlichen Messungen ist jährlich ein Messbericht zu erstellen und jeweils bis spätestens März des Folgejahres der Struktur- und Genehmigungsdirektion, Regionalstelle Gewerbeaufsicht Trier vorzulegen. Die Aufzeichnungen der Messeinrichtungen sind mindestens 5 Jahre aufzubewahren.
9. Im Genehmigungsantrag wird von der vdz Service GmbH, Düsseldorf mit Schreiben vom 12.04.2022 die messtechnische Begleitung dargestellt. Der dort in Nr 2.3.1 geschilderte Messumfang ist durchzuführen.
Einzelmessungen sind im Zeitraum von 12 Monaten nach Inbetriebnahme alle zwei Monate mindestens an einem Tag und anschließend wiederkehrend halbjährlich an mindestens drei Tagen durchzuführen.
Über die Ergebnisse der Einzelmessungen sind Messberichte zu erstellen und der Struktur- und Genehmigungsdirektion, Regionalstelle Gewerbeaufsicht Trier spätestens acht Wochen nach den Messungen vorzulegen. Die Messberichte müssen Angaben über die Messplanung, das Ergebnis jeder Einzelmessung, das verwendete Messverfahren und die Betriebsbedingungen, die für die Beurteilung der Messergebnisse von Bedeutung sind, enthalten
- 10 Mit den Messungen dürfen nur nach § 29b BImSchG bekannt gegebene Stellen beauftragt werden. Die bekanntgegebenen Messstellen können unter „www.resymesa.de“ eingesehen werden.
Gemeinsam mit der beauftragten Messstelle sind geeignete Messpunkte und unfallsichere Messplätze, einschließlich der Zugänge, festzulegen und einzurichten. Die Messstelle ist aufzufordern, den Bericht gleichzeitig mit der Versendung an den Auftraggeber der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Regionalstelle Gewerbeaufsicht Trier unmittelbar zu übersenden. Soweit der Bericht in elektronischer Form vorliegt, wird um Übersendung als PDF-Datei an die E-Mail-Adresse poststelle@sgdnord.rlp.de gebeten.

Die Ermittlungen der Emissionen luftfremder Stoffe sind grundsätzlich bei den für den Auswurf ungünstigsten Verhältnissen der Anlage (z. B. höchste Dauerleistung) durchzuführen. Zwingen schwerwiegende betriebliche Umstände dazu, die

Feststellungen unter anderen Bedingungen durchzuführen, sind die Verhältnisse bei höchster Dauerleistung und ungünstigsten Bedingungen abzuschätzen

11. Die Anlage ist so zu errichten und zu betreiben, dass für die Verbrennungsgase, die beim Einsatz der Sekundärbrennstoffe entstehen, eine Mindesttemperatur von 850 Grad Celsius eingehalten wird. Sofern Sekundärbrennstoffe mit einem Halogengehalt aus halogenorganischen Stoffen von mehr als 1 Prozent des Gewichts, berechnet als Chlor, eingesetzt werden, muss eine Mindesttemperatur von 1100 Grad Celsius eingehalten werden.
Die Mindesttemperatur muss auch unter ungünstigsten Bedingungen für eine Verweilzeit von mindestens zwei Sekunden eingehalten werden
Die Messung der Mindesttemperatur hat im Brennraum oder Nachverbrennungsraum zu erfolgen
Die Einhaltung der Mindesttemperatur und der Mindestverweilzeit ist zumindest einmal bei Inbetriebnahme der Anlage nachzuweisen.

Begründung der Ausnahme 1 von vorgeschriebenen Emissionsgrenzwerten (Nebenbestimmung Nr. 2):

Mit vorliegendem Genehmigungsantrag beantragt der Betreiber entsprechend § 24 Abs. 1 der 17. BImSchV abweichend von den Bestimmungen der 17. BImSchV höhere Emissionsgrenzwerte für Schwefeldioxid, Gesamtkohlenstoff und Kohlenmonoxid

Gemäß § 24 Abs. 1 der 17. BImSchV kann die zuständige Behörde auf Antrag des Betreibers Ausnahmen von vorgeschriebenen Emissionsgrenzwerten zulassen, soweit unter Berücksichtigung der besonderen Umstände des Einzelfalls die Anforderungen nicht oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand erfüllbar sind und im Übrigen die dem Stand der Technik entsprechenden Maßnahmen zur Emissionsbegrenzung angewandt werden.

Gemäß Anlage 3 Nummer 2.1.2 und 2.4.2 der 17. BImSchV kann die zuständige Behörde auf Antrag des Betreibers Ausnahmen vom vorgeschriebenen Emissionsgrenzwert für Schwefeldioxid, Gesamtkohlenstoff und Kohlenmonoxid zulassen, sofern diese auf Grund der Zusammensetzung der natürlichen Rohstoffe erforderlich sind.

Den Antragsunterlagen ist ein Gutachten des VDZ gGmbH – Forschungsinstitut der Zementindustrie zu rohstoffbedingten Emissionen der Komponenten Schwefeldioxid,

Gesamtkohlenstoff und Kohlenmonoxid beigefügt. Aus dem technischen Bericht vom 03.09 2015 geht hervor, dass die Höhe der Emissionen an Schwefeldioxid, Gesamtkohlenstoff und Kohlenmonoxid überwiegend auf die Rohstoffgehalte zurückzuführen ist.

Dem Antrag konnte somit stattgegeben werden

Die Ausnahme erfolgt unter dem Vorbehalt des Widerrufs.

**Begründung der Ausnahme 2 von vorgeschriebenen Emissionsgrenzwerten
(Nebenbestimmung Nr. 2):**

Mit vorliegendem Genehmigungsantrag beantragt der Betreiber entsprechend § 24 Abs. 1 der 17. BImSchV abweichend von den Bestimmungen der 17. BImSchV höhere Emissionsgrenzwerte für Schwefeldioxid, Gesamtkohlenstoff, Stickstoffdioxid und Ammoniak

Gemäß § 24 Abs. 1 der 17. BImSchV kann die zuständige Behörde auf Antrag des Betreibers Ausnahmen von vorgeschriebenen Emissionsgrenzwerten zulassen, soweit unter Berücksichtigung der besonderen Umstände des Einzelfalls die Anforderungen nicht oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand erfüllbar sind und im Übrigen die dem Stand der Technik entsprechenden Maßnahmen zur Emissionsbegrenzung angewandt werden

Gemäß Anlage 3 Nummer 2.1.2 und 2.4.2 der 17. BImSchV kann die zuständige Behörde auf Antrag des Betreibers Ausnahmen vom vorgeschriebenen Emissionsgrenzwert für Schwefeldioxid, Gesamtkohlenstoff und Ammoniak zulassen, sofern diese auf Grund der Zusammensetzung der natürlichen Rohstoffe erforderlich sind.

Den Antragsunterlagen ist ein Gutachten des VDZ gGmbH – Forschungsinstitut der Zementindustrie zu rohstoffbedingten Emissionen der Komponenten Schwefeldioxid, Gesamtkohlenstoff, Stickstoffdioxid und Ammoniak beigefügt. Aus dem technischen Bericht vom 03.09 2015 geht hervor, dass die Höhe der Emissionen an Schwefeldioxid, Gesamtkohlenstoff und Ammoniak überwiegend auf die Rohstoffgehalte zurückzuführen ist.

Beim Betrieb der SCR-Anlage kann die Emissionsbegrenzung von 200 mg/m³ für Stickstoffdioxid nicht eingehalten werden. Auf Grund der geringen Betriebszeit der SNCR-Anlage ist dies vertretbar.

Dem Antrag konnte somit stattgegeben werden
Die Ausnahme erfolgt unter dem Vorbehalt des Widerrufs.

**Begründung der Ausnahme 3 betreffend kontinuierlicher Messverpflichtungen
(Nebenbestimmung Nr. 7):**

Mit vorliegendem Genehmigungsantrag beantragt der Betreiber entsprechend § 16 Abs. 6 und 8 der 17. BImSchV abweichend von den Bestimmungen der 17. BImSchV auf die Durchführung kontinuierlicher Messungen von Quecksilber und seinen Verbindungen, Chlorwasserstoff und Fluorwasserstoff zu verzichten.

Gemäß § 16 Abs. 6 der 17. BImSchV kann die zuständige Behörde auf Antrag des Betreibers Einzelmessungen u.a. für Chlorwasserstoff und Fluorwasserstoff zulassen, wenn durch den Betreiber sichergestellt ist, dass die Emissionen dieser Schadstoffe nicht höher sind als die dafür festgelegten Emissionsbegrenzungen.

Aufgrund der in der Vergangenheit durchgeführten Emissionsmessungen, bei denen Emissionen an Chlorwasserstoff und Fluorwasserstoff festgestellt wurden, die jeweils die zulässigen Emissionsbegrenzungen deutlich unterschritten, kann von einer sicheren Einhaltung der festgelegten Emissionsbegrenzungen für Chlorwasserstoff und Fluorwasserstoff ausgegangen werden.

Nach § 16 Abs. 8 der 17. BImSchV soll die zuständige Behörde auf Antrag des Betreibers auf die kontinuierliche Messung von Quecksilber und seinen Verbindungen verzichten, wenn zuverlässig nachgewiesen ist, dass die maßgeblichen Emissionsgrenzwerte für Quecksilber und seine Verbindungen nur zu weniger als 20 Prozent in Anspruch genommen werden.

Aufgrund der in der Vergangenheit erzielten Messergebnisse kann davon ausgegangen werden, dass die tatsächlichen Quecksilberemissionen weniger als 20 Prozent der maßgeblichen Emissionsgrenzwerte betragen.

Aus Gründen der Verhältnismäßigkeit kann somit dem Antrag stattgegeben werden und auf kontinuierliche Messungen von Quecksilber und seinen Verbindungen, Chlorwasserstoff und Fluorwasserstoff verzichtet werden.

Die Ausnahme erfolgt unter dem Vorbehalt des Widerrufs um sicherzustellen, dass bei Nichterfüllung der v. g. Ausnahmevoraussetzungen die Anlage mit kontinuierlichen Messeinrichtungen für die jeweiligen Luftschadstoffe nachgerüstet wird

Die Mitteilung über anteilige Gebühren und Auslagen ist beigelegt.

Um Zusendung einer Ausfertigung des Genehmigungsbescheides einschließlich der Antragsunterlagen an die Regionalstelle Gewerbeaufsicht Trier und einer Ausfertigung des Genehmigungsbescheides ohne Antragsunterlagen an die Regionalstelle WAB wird gebeten.

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag

Manfred Groben

Anlagen: 2 Plansätze
1 Kostenmitteilung

Fa Portlandzementwerk Wotan H. Schneider KG
Unten im Hahnchen 1
54579 Üxheim

08.02.2023

Abteilung
Bauen Schulen und
OPNV
Unser Zeichen
6-5610 -Anderungsge-
nehmigung Wotan-Er-
satzbrennstoffe
Auskunft erteilt
Dieter Hein
Zimmer
309
Telefon
06592/933-323
Telefax
06592/933-6220
E-Mail
dieter.hein
@vulkanerfel.de

**Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG);
hier: Einsatz von Sekundärbrennstoffen (Ersatzbrennstoffen) mit nicht
mehr als 25 % Anteil an der Gesamtfeuerungswärmeleistung im vorhan-
denen Drehrohrofen (max. 12-monatiger Versuchszeitraum) und Verwer-
tung mineralischer Stoffe in der Klinkerproduktion auf dem Betriebsge-
lände der Fa. Portlandzementwerk Wotan H. Schneider KG in der Gemark-
ung Üxheim-Ahütte, Flur 14, Flurstück 10/1;**

Formantrag vom 08.08.2022, eingegangen am 15.08.2022, vervollständigt jeweils mit
Nachtragsunterlagen vom 19.09.2022, 31.10.2022 und 02.12.2022

Sehr geehrte Damen und Herren,

unter Bezugnahme auf den Antrag auf Genehmigung ergeht hiermit der nachfolgende
Bescheid:

I. Genehmigung

Auf o. a. Formantrag der Fa. Wotan H. Schneider KG, Industriegebiet, 54579 Üxheim-
Ahütte, sowie die nachfolgenden Ergänzungen der Antragsunterlagen wird hiermit ge-
mäß §§ 10 und 16 des Gesetzes zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen
durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge
(Bundes-Immissionsschutzgesetz – BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung
vom 17.05.2013, BGBl. I S. 1274 ff., berichtigt 2021 S. 123), in Verbindung mit den §§
1 und 2 Abs. 1 Nr. 1a der Vierten Verordnung zur Durchführung des BImSchG (Ver-
ordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen – 4. BImSchV) in der Fassung der
Bekanntmachung vom 31.05.2017, BGBl. I S. 1440 ff., und Ziffer 2.3.1 Verfahrensart
G des Anhangs zur 4. BImSchV, sowie der Siebzehnten Verordnung zur Durchfüh-
rung des BImSchG (Verordnung über die Verbrennung und Mitverbrennung von Ab-
fällen – 17. BImSchV) in der Fassung vom 02.05.2013, BGBl. I S. 1021), alle Vor-
schriften jeweils in den z. Zt. gültigen Fassungen, im formlichen Verfahren unter An-
wendung des § 16 Abs. 2 BImSchG – vorbehaltlich etwaiger privater Rechte Dritter –
die

**Genehmigung zur wesentlichen Änderung einer genehmigungsbedürftigen
Anlage zur Herstellung von Zementklinker oder Zementen
(Nr. 2.3.1 Verfahrensart G der 4. BImSchV)**

durch den Einsatz von Sekundärbrennstoffen (= Ersatzbrennstoffen) mit nicht mehr als 25 % Anteil an der Gesamtfeuerungswärmeleistung im vorhandenen Drehrohrofen) und Verwertung mineralischer Stoffe in der Klinkerproduktion auf dem Betriebsgelände der Fa. Portlandzementwerk Wotan H. Schneider KG in der Gemarkung Ahütte, Flur 14, Flurstück 10/1, erteilt

Die Genehmigung erfolgt, sofern im Folgenden nichts Gegenteiliges bestimmt ist, nach Maßgabe des Antrages sowie der ein- bzw. nachgereichten, geprüften und mit Stempel „KVD“ perforierten Unterlagen. Antrag und Unterlagen werden hiermit zum Bestandteil des Bescheides zur immissionsschutzrechtlichen Genehmigung erklärt und sind bei der Errichtung und dem Betrieb der Anlage im vollen Umfang zu beachten.

II. Antrag und Unterlagen

Der Genehmigung liegen folgende Antrags- und Planunterlagen zu Grunde

-Formantrag vom 08.08.2022

- Antrag BImSchG
- Formular 2. Unterlagen
- Anlage 1 Ansprechpersonen Anlage 2 - Betriebsbeschreibung
- Anlage 3 Fließbild
- Formular 4 Stoffe
- Formular 5 2. Betriebsablauf/Emissionsdaten (je Quellen)
- Formular 6 1. Verz. Emissionsquellen
- Formular 6.2 Verz. Treibhausquellen
- Formular 7 Verzeichnis larmrelevante Aggregate
- Formular 11 1 Brandschutz + Anhang
- Anlage 4 1-4 3. Lagepläne
- Anlage 5. Lärmgutachten
- Anlage 6. Qualitätssicherungskette
- Anlage 7 Probenahme Sekundärbrennstoff
- Anlage 8. Technischer Bericht -rohmaterialbedingte Entstehung
- Anlage 9. Stellungnahme INBUREX
- Anlage 10 Messtechnische Begleitung vdz
- Anlage 11 Stellungnahme -Abfall-Mitverbrennung Zementindustrie
- Anlage 12. Subcoal
- Anlage 13 BPG der Fa. Hündgen
- Anlage 15. BPG der Fa. Krampen
- Anlage 15. Produktdatenblätter Ofensteine

Nachtragsunterlagen vom 19.09.2022

- Nachtrag -BImSchG-Antrag EBS
- Anlage 1 -Anlage 2 Anlagen Betriebsbeschreibung BImSchG
- Anlage 2-Formular 3 -Anlagedaten, Reihenfolge nach Fließbild
- Anlage 3 -Formular 4 + Anlage – Gehandhabte Stoffe
- Anlage 4-Formular 6 2 – Verzeichnis der Treibhausquellen

Nachtragsunterlagen vom 31.10.2022

- Nr. 1 – Beschreibung der Funktionsweise-sicherstellen 25 % GFWL
- Formular 2 – Verzeichnis der Unterlagen
- Formular 5.2 – Betriebsablauf/Emissionsdaten
- Anhang zu Formular 5.2 – Ausnahmen + Grenzwerte

Nachtragsunterlagen vom 02.12.2022

- Änderungen in Dokument Anlage zu Formular 5 2

III. Nebenbestimmungen:

Zur Sicherstellung der Genehmigungsvoraussetzungen des § 6 BImSchG ergeht die Änderungsgenehmigung gemäß § 12 BImSchG nach Maßgabe der nachfolgend aufgeführten Nebenbestimmungen

Verzeichnis der Nebenbestimmungen

III.1. Wasser-, abfall- und bodenschutzrechtliche Nebenbestimmungen

III.2 Immissions- und arbeitsschutzrechtliche Nebenbestimmungen

III.1. Stellungnahme der Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft und Bodenschutz (WAB) Trier

Lage

Ein Wasserschutzgebiet, Heilquellenschutzgebiet oder Überschwemmungsgebiet sind nicht betroffen

Für den Bereich des Vorhabens sind keine bodenschutzrelevanten Flächen (Verdachtsflächen, Altlasten, altlastverdächtige Flächen) registriert

Fachliche Anmerkungen

Die zur Abfall-Mitverbrennung vorgesehenen festen Gemische gelten gemäß § 3 Absatz 2 Nr. 8 AwSV als allgemein wassergefährdend (awg) und unterliegen unter anderem den Anforderungen der AwSV

Maßnahmen zur Rückhaltung im Brandfall halten wir aufgrund der vorgesehenen Lagermenge von bis zu 5 t in Big Bags sowie bei Anlieferung einem LKW-Container (max. 90 m³ bzw. 50 t) für nicht erforderlich.

Aus abfallrechtlicher Sicht bestehen gegen die Mitverbrennung der genannten Abfallarten keine Bedenken. Auf Grund der in den Antragsunterlagen dargestellten vorhandenen technischen Anlagen und den betrieblichen Maßnahmen, insbesondere Beschränkung auf ausgewählte Abfallarten, Qualitätssicherungsmaßnahmen und Kontrollen sowie der entsprechenden Nebenbestimmungen sind aus abfallrechtlicher Sicht bezüglich der beantragten Änderung keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf die in § 1 a der 9. BImSchV genannten Schutzgüter zu erwarten.

Dem beantragten Verzicht auf die öffentliche Bekanntmachung des Vorhabens sowie der Auslegung des Antrags und der Unterlagen kann zugestimmt werden. Die Durchführung einer UVP halten wir für nicht erforderlich.

Hinweise und Nebenbestimmungen

Anforderungen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und zum Abfallrecht

I. Hinweise

Mit dieser Änderungsgenehmigung wird der Firma Portlandzementwerk Wotan H. Schneider KG eine Versuchsgenehmigung für die bereits bestehende EBS-Anlage erteilt. Bei dieser Anlage handelt es sich um eine bestehende Nebenanlage der bestehenden Drehrohrofenanlage zur Klinkerproduktion. Die Firma Portlandzementwerk Wotan H. Schneider KG hat in dieser Anlage bereits in den Jahren 2003 – 2014 Brennstoffe mit Biomasseanteilen eingesetzt.

1. Das Grundstück liegt in der Erdbebenzone 0

2. Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen müssen dicht, standsicher und gegenüber den zu erwartenden mechanischen, thermischen und chemischen Einflüssen hinreichend widerstandsfähig sein (§ 17 Absatz 2 AwSV). Die Anlagen dürfen nur entsprechend den allgemein anerkannten Regeln der Technik beschaffen sein sowie errichtet, unterhalten, betrieben und stillgelegt werden (§ 62 Absatz 2 WHG). Dazu zählen insbesondere die in § 15 AwSV genannten Regeln, unter anderem die im DWA-Regelwerk als Arbeitsblätter veröffentlichten technischen Regeln wassergefährdender Stoffe (TRwS)

II.: Betriebliche Anforderungen

3. Für die Anlage(n) zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen ist eine Anlagen-dokumentation gemäß § 43 AwSV zu führen (d. h. zu erstellen und aktuell zu halten), in der die wesentlichen Informationen über die Anlage(n) enthalten sind¹. Die Dokumentation ist bei einem Wechsel des Betreibers an den neuen Betreiber zu übergeben.

4. Das ausgefüllte Merkblatt zu Betriebs- und Verhaltensvorschriften beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen nach Anlage 4 AwSV ist an gut sichtbarer Stelle in der Nähe der Feststoffdosieranlage dauerhaft anzubringen (§ 44 Absatz 4 AwSV).

III.: Brandschutz

5. Sofern Teile der Anlage(n) zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen nicht einer Brandeinwirkung von 30 Minuten Dauer widerstehen, ohne undicht zu werden, sind geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um eine Brandübertragung aus der Nachbarschaft oder eine Entstehung von Branden in der Anlage selbst zu verhindern. Geeignete Maßnahmen sind solche nach TRwS 779 Abschnitt 8 1 Absatz 3

IV. Überwachungspflichten

Die Dichtheit von Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und die Funktionsfähigkeit deren Sicherheitseinrichtungen sind regelmäßig zu kontrollieren (§ 46 Absatz 1 AwSV). Festgestellte Mängel sind zeitnah zu beseitigen

V. Feststoffdosieranlage

7. Es darf immer nur ein LKW-Container entladen werden.

8. Es dürfen maximal 5 t Sekundärbrennstoff in Big Bags gelagert werden

VI. Positivliste der zugelassenen energetisch verwertbaren Abfallarten

9. Für den Einsatz Sekundärbrennstoffe werden folgende Abfallarten zugelassen:

- Abfallschlüssel 19 12 10 - brennbare Abfälle (Brennstoffe aus Abfällen),
- Holzabfälle

Abfallschlüssel Bezeichnung Altholzkategorie*

02 01 07	Abfälle aus der Forstwirtschaft	-----
03 01 01	Rinden und Korkabfälle	-----
03 01 05	Sagemehl, Späne, Abschnitte, Holz, Spanplatten und Furniere mit Ausnahme derjenigen, die unter 03 01 04* fallen	A I, A II

03 03 01	Rinden und Holzabfalle	-----
17 02 01	Holz	A I, A II
19 12 07	Holz mit Ausnahme desjenigen, das unter 19 12 06* fällt	-----
20 01 38	Holz mit Ausnahme desjenigen, das unter 20 01 37* fällt	A I, A II, A III

*Zuordnung im Regelfall gemäß Altholzverordnung

10. In den aufbereitenden Gemischen dürfen nur Abfälle mit folgenden Abfallschlüssen und Bezeichnungen enthalten sein

Gruppe I Holz, Papier, Pappe, Kartonage

- 02 01 03 Abfälle aus pflanzlichem Gewebe
- 02 01 07 Abfälle aus der Forstwirtschaft
- 03 01 01 Rinden und Korkabfälle
- 03 01 05 Sagemehl, Späne, Abschnitte, Holz, Spanplatten und Furniere mit Ausnahme derjenigen, die unter 03 01 04* fallen
- 03 03 01 Rinden und Holzabfälle
- 03 03 02 Sulfitschlamm (aus der Rückgewinnung von Kochlaugen)
- 03 03 07 mechanisch abgetrennte Abfälle aus der Auflösung von Papier- und Pappabfällen
- 03 03 08 Abfälle aus dem Sortieren von Papier und Pappe für das Recycling
- 03 03 10 Faserabfälle, Faser-, Füller- und Überzugsschlamm aus der mechanischen Abtrennung
- 15 01 01 Verpackungen aus Papier und Pappe
- 15 01 03 Verpackungen aus Holz
- 17 02 01 Holz
- 19 12 01 Papier und Pappe
- 19 12 07 Holz mit Ausnahme desjenigen, das unter 19 12 06* fällt
- 20 01 01 Papier und Pappe/Karton
- 20 01 38 Holz mit Ausnahme desjenigen, das unter 20 01 37* fällt

Gruppe II Textilien, Fasern

- 04 02 09 Abfälle aus Verbundmaterialien (imprägnierte Textilien, Elastomer, Plaster)
- 04 02 10 organische Stoffe aus Naturstoffen (z B Fette, Wachse)
- 04 02 15 Abfälle aus dem Finish mit Ausnahme derjenigen, die unter 04 02 14* fallen
- 04 02 21 Abfälle aus unbehandelten Textilfasern
- 04 02 22 Abfälle aus verarbeiteten Textilfasern
- 15 01 09 Verpackungen aus Textilien
- 19 12 08 Textilien
- 20 01 10 Bekleidung
- 20 01 11 Textilien

Gruppe III Kunststoffe

- 02 01 04 Kunststoffabfälle (ohne Verpackungen)
- 07 02 13 Kunststoffabfälle
- 08 03 18 Tonerabfälle mit Ausnahme derjenigen, die unter 08 03 17* fallen
- 12 01 05 Kunststoffspäne und -drehspläne
- 15 01 02 Verpackungen aus Kunststoff
- 15 01 05 Verbundverpackungen
- 15 01 06 gemischte Verpackungen
- 16 01 19 Kunststoffe

- 17 02 03 Kunststoff
- 17 06 04 Dammmaterial mit Ausnahme desjenigen, das unter 17 06 01* und 17 06 03* fällt
- 19 12 04 Kunststoff und Gummi
- 20 01 39 Kunststoffe

Gruppe IV sonstige Stoffe

- 08 02 01 Abfälle von Beschichtungspulver
- 09 01 07 Filme und fotografische Papiere, die Silber oder Silberverbindungen enthalten
- 09 01 08 Filme und fotografische Papiere, die kein Silber und keine Silberverbindungen enthalten

VII. Anforderungen an Ersatzbrennstoffe (Richtwerte, Nachweise, Analysen)

11. Zulässiger Gehalt an Inhaltsstoffen / Schwermetallen)

Parameter	Praxiswert (mg/kg TS)	(mg/MJ)	Maximalwert (mg/kg TS)
Cadmium	4	0,2	8
Quecksilber	0,3	0,015	0,6
Thallium	1	0,05	2
Arsen	5	0,25	13
Kobalt	6	0,30	12
Nickel	25	1,25	50
Selen	2	0,1	4
Tellur	2	0,1	4
Antimon	50	2,5	100
Blei	70	3,5	150
Chrom	40	2	100
Kupfer	120	6	300*
Mangan	50	2,5	100
Vanadium	10	0,5	25
Zinn	30	1,5	70
Beryllium	0,5	0,025	2

* Überschreitungen von maximal 50 % aufgrund von Inhomogenitäten sind im Einzelfall zulässig. Rückstellproben der betroffenen Chargen sind erneut zu analysieren.

12. Die vorgenannten Schwermetallgehalte sind gültig ab einem Heizwert H_u von 20 MJ/kg TS für produktionsspezifische Abfälle. Bei Unterschreitungen dieser Heizwerte (bis > 11 MJ/kg) sind die genannten Werte entsprechend abzusenken.

13. Die als Ersatzbrennstoff eingesetzten Abfälle müssen die vorgenannten Maximalwerte einhalten und einen unteren Heizwert H_u von 11 MJ/kg aufweisen. Dies gilt auch für Einzelabfälle in aufbereiteten Ersatzmischungen. Dies hat der Aufbereiter durch entsprechende Analysen zu belegen. Weiterhin muss eine Bestätigung vorliegen, dass aufgrund der Herkunft der Abfälle nicht mit dem Vorhandensein polychlorierter Dibenzodioxine/-furane zu rechnen ist.

VIII. Abfallannahme/Deklarationsanalyse

14. Vor der Annahme des Abfalls in der Abfall-Mitverbrennungsanlage ist vom Betreiber die Masse einer jeden Abfallart gemäß der Abfallverzeichnis-Verordnung zu bestimmen.

15. Die Ersatzbrennstoffe dürfen nur angenommen werden, wenn für jede angelieferte Charge Deklarationsanalysen vom Abfallaufbereiter vorgelegt werden. Die Deklarationsanalysen müssen folgende Angaben und Parameter enthalten.

- Heizwert
- Schwermetalle gemäß vorstehender Aufstellung
- Schwefel
- Chlor gesamt
- Fluor gesamt
- Polychlorierte Biphenyle (PCB)
- Pentachlorphenol (PCP)

sowie für die Ersatzstoffmischung die enthaltenen Einzelabfälle (Abfallschlüssel) deren Herkunft und deren Anteil an der Gesamtmischung

16. Ändert sich bei weiteren Anlieferungen die Zusammensetzung nicht, ist eine Bestätigung des Aufbereiters, dass der Ersatzbrennstoff der vorliegenden Deklarationsanalyse entspricht, ausreichend

17. Anhand der Angaben der Deklarationsanalyse und der Begleitpapiere ist unmittelbar bei der Anlieferung eine Identitätskontrolle durchzuführen.

18. Durch Sichtkontrollen und Sortierung nach § 5 Altholzverordnung ist sicherzustellen, dass nur zugelassene Altholzkategorien angenommen werden

19. Bei der Annahme ist eine Kontrolle von Altholz zur energetischen Verwertung gemäß § 7 Altholzverordnung (AltholzV) durchzuführen. Dazu sind Chargen von vorgebrochenem Altholz von jeweils nicht mehr als 500 Tonnen auf dessen ordnungsgemäße Zuordnung zu den Altholzkategorien gemäß Anhang V AltholzV zu untersuchen

IX. Probenahme/Rückstellproben und Analysen

20. Von den angelieferten Ersatzbrennstoffmischungen (AVV 19 12 10 und Holzgemische) sind von jeder Charge oder mindestens einmal pro Woche eine 10 Liter Probe bestehend aus 3 Einzelprobenahmen aus dem Anlieferungsbereich zu nehmen und zusammenzustellen. Herkunft, Art und Lieferdatum des Ersatzbrennstoffes müssen aus der Beschriftung eindeutig hervorgehen

21. Monatlich sind aus den Wochenproben durch homogenisieren und definierte Probenentteilung zwei Monatsproben herzustellen und entsprechend zu beschriften. Probe 1 ist für die Dauer eines halben Jahres aufzubewahren. Probe 2 ist zur Herstellung einer „Quartalsprobe“ zusammenzustellen und in einem externen Labor auf die Parameter der Deklarationsanalyse zu überprüfen.

22. Bei Überschreiten der zulässigen Maximalwerte sind die Genehmigungsbehörde und die SGD Nord unverzüglich zu informieren

23. Ergeben die Untersuchungen Anreicherungen von Schadstoffen, insbesondere Schwermetallen im Produkt, so ist dies unverzüglich der Genehmigungsbehörde zu melden

X. Dokumentation

24. Der Betreiber hat ein Betriebstagebuch zu führen, in dem alle wesentlichen Daten enthalten sein müssen, insbesondere

- Belege über die angelieferten Ersatzbrennstoffe (Art, Menge, etc.),
- Angaben gemäß § 12 Altholzverordnung

- Analysenergebnisse,
- Besondere Vorkommnisse, Betriebsstörungen, einschl. möglicher Ursachen und erfolgter Abhilfemaßnahmen,
- Dokumentation der Eigenüberwachung der Anlage

25. Das Betriebstagebuch ist von der verantwortlichen Person regelmäßig zu überprüfen und abzuzeichnen. Das Betriebstagebuch ist für die jederzeitige Einsichtnahme durch die Überwachungsbehörden bereitzuhalten. Besondere Vorkommnisse sind unverzüglich zu melden.

Stellungnahme der Regionalstelle Gewerbeaufsicht Trier

1. Der mit den Sekundarbrennstoffen dem Drehrohrföfen zugeführte Energieanteil darf zu keiner Zeit 25 % der insgesamt zugeführten Wärmeenergie überschreiten. Hierzu ist die jeweilige Aufgabemenge unter Berücksichtigung des Heizwertes zu begrenzen, zu überwachen und zu registrieren.

2. Die im Abgas des Zementdrehrohrföfens enthaltenen Emissionen der nachstehend genannten Stoffe dürfen beim Betrieb der SCR-Anlage (selektive katalytische Reduktion) folgende Massenkonzentrationen im Normzustand (273,15 K; 101,3 kPa) nach Abzug des Feuchtegehaltes an Wasserdampf nicht überschreiten:

Tages- und Halbstundenmittelwerte:

a) Gesamtstaub

- sämtliche Tagesmittelwerte 10 mg/m³
- sämtliche Halbstundenmittelwerte 30 mg/m³

b) Stickstoffmonoxid und Stickstoffdioxid, angegeben als Stickstoffdioxid

- sämtliche Tagesmittelwerte 200 mg/m³

c) Ammoniak

- sämtliche Tagesmittelwerte 30 mg/m³

d) gasförmige anorganische Chlorverbindungen, angegeben als Chlorwasserstoff

- sämtliche Tagesmittelwerte 10 mg/m³
- sämtliche Halbstundenmittelwerte 60 mg/m³

e) gasförmige anorganische Fluorverbindungen, angegeben als Fluorwasserstoff

- sämtliche Tagesmittelwerte 1 mg/m³
- sämtliche Halbstundenmittelwerte 4 mg/m³

h) Quecksilber und seine Verbindungen, angegeben als Quecksilber

- sämtliche Tagesmittelwerte 0,03 mg/m³
- sämtliche Halbstundenmittelwerte 0,05 mg/m³

i) Benzol* 3 mg/m³

* anzustreben ist eine Massenkonzentration für Benzol von 0,5 mg/m³. Die Möglichkeiten, die Emissionen an Benzol aus dem Abgas in Anlagen durch feuerungstechnische oder andere dem Stand der Technik entsprechende Maßnahmen weiter zu vermindern, sind auszuschöpfen.

Ausnahme 1:

Auf Antrag des Betreibers werden aufgrund § 24 Abs 1 i. V m der Anlage 3 Nr 2 1 2 und 2 4 2 der Siebzehnten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über die Verbrennung und die Mitverbrennung von Abfällen - 17. BImSchV) vom 02 05 2013 abweichend von den Bestimmungen der 17 BImSchV für nachstehend genannte Stoffe folgende Emissionsbegrenzungen festgelegt:

Tagesmittelwerte:

- | | |
|---|-----------------------|
| - Schwefeldioxid und Schwefeltrioxid,
angegeben als Schwefeldioxid | 450 mg/m ³ |
| - organische Stoffe,
angegeben als Gesamtkohlenstoff | 100 mg/m ³ |
| - Kohlenmonoxid | 1,5 g/m ³ |

Halbstundenmittelwert:

- | | |
|---|-----------------------|
| - Schwefeldioxid und Schwefeltrioxid,
angegeben als Schwefeldioxid | 600 mg/m ³ |
|---|-----------------------|

Die betriebsbedingten Ausfallzeiten der SCR-Anlage dürfen maximal 5 Prozent der jährlichen Ofenlaufzeit des Zementdrehrohrofens betragen. Während der Ausfallzeit der SCR-Anlage muss zur Reduktion der Stickstoffemissionen die vorhandene selektive nichtkatalytische Reduktion (SNCR-Anlage) betrieben werden.

Beim Betrieb der SNCR-Anlage sind die Emissionsbegrenzungen der Nr. 2 einzuhalten

Ausnahme 2:

Auf Antrag des Betreibers werden beim Betrieb der SNCR-Anlage aufgrund § 24 Abs. 1 i V. m der Anlage 3 Nr 2 1.2 und 2.4 2 der Siebzehnten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über die Verbrennung und die Mitverbrennung von Abfällen - 17 BImSchV) vom 02 05 2013 abweichend von den Bestimmungen der 17 BImSchV für nachstehend genannte Stoffe folgende Emissionsbegrenzungen festgelegt

Tagesmittelwerte:

- | | |
|---|-----------------------|
| - Ammoniak | 150 mg/m ³ |
| - Stickstoffmonoxid und Stickstoffdioxid,
angegeben als Stickstoffdioxid | 0,45 g/m ³ |
| -organische Stoffe,
angegeben als Gesamtkohlenstoff | 100 mg/m ³ |
| - Schwefeldioxid und Schwefeltrioxid,
angegeben als Schwefeldioxid | 450 mg/m ³ |

Halbstundenmittelwert:

- | | |
|---|-----------------------|
| - Schwefeldioxid und Schwefeltrioxid,
angegeben als Schwefeldioxid | 450 mg/m ³ |
|---|-----------------------|

3. Insgesamt dürfen die im Abgas des Zementdrehrohrofens enthaltenen Emissionen der nachstehend genannten Stoffe folgende Massenkonzentrationen im Normzustand (273,15 K, 101,3 kPa) nach Abzug des Feuchtegehaltes an Wasserdampf als Jahresmittelwerte nicht überschreiten.

Jahresmittelwerte:

- Stickstoffmonoxid und Stickstoffdioxid, angegeben als Stickstoffdioxid	200 mg/m ³
- Ammoniak	30 mg/m ³
- Schwefeldioxid und Schwefeltrioxid, angegeben als Schwefeldioxid	150 mg/m ³
- organische Stoffe, angegeben als Gesamtkohlenstoff	30 mg m ³
Kohlenmonoxid	1 g/m ³

Alle unter der Nr. 2 und 3 aufgeführten Emissionswerte beziehen sich auf den Normzustand (273 K, 1013 hPa) nach Abzug des Feuchtegehaltes an Wasserdampf und auf einen festen Bezugssauerstoffgehalt von 10 Prozent

Die Emissionsbegrenzung für Chlorwasserstoff, Fluorwasserstoff, Quecksilber und Benzol gilt als eingehalten, wenn

- sämtliche Tagesmittelwerte die festgelegte Massenkonzentration nicht überschreiten und
- sämtliche Halbstundenmittelwerte das 2-fache der festgelegten Massenkonzentration nicht überschreiten.

Die Emissionsbegrenzung für Staub gilt als eingehalten, wenn

- sämtliche Tagesmittelwerte die festgelegte Massenkonzentration nicht überschreiten und
- sämtliche Halbstundenmittelwerte das 3-fache der festgelegten Massenkonzentration nicht überschreiten

Die Emissionsbegrenzung für Stickstoffdioxid, Ammoniak, Schwefeldioxid, Gesamtkohlenstoff und Kohlenmonoxid gilt als eingehalten, wenn.

- sämtliche Tagesmittelwerte die festgelegte Massenkonzentration nicht überschreiten und
- sämtliche Jahresmittelwerte die festgelegte Massenkonzentration nicht überschreiten

4. Beim Betrieb des Zementdrehrohrofens dürfen die Emissionen nachstehend genannter Stoffe keine der jeweils festgelegten Massenkonzentrationen im Normzustand (0 °C, 1013 mbar) nach Abzug des Feuchtegehaltes an Wasserdampf überschreiten

- Cadmium und seine Verbindungen
angegeben als Cd,
Thallium und seine Verbindungen
angegeben als Tl
jeweils als Mittelwert der über die
jeweilige Probenahmezeit gebildet ist insgesamt 0,05 mg/m³
- Antimon und seine Verbindungen
angegeben als Sb,
Arsen und seine Verbindungen
angegeben als As,
Blei und seine Verbindungen
angegeben als Pb,

Chrom und seine Verbindungen
angegeben als Cr,
Cobalt und seine Verbindungen
angegeben als Co,
Kupfer und seine Verbindungen
angegeben als Cu,
Mangan und seine Verbindungen
angegeben als Mn,
Nickel und seine Verbindungen
angegeben als Ni,
Vanadium und seine Verbindungen
angegeben als V,

Zinn und seine Verbindungen
angegeben als Sn
jeweils als Mittelwert der über die
jeweilige Probenahmezeit gebildet ist insgesamt 0,5 mg/m³

- c) Arsen und seine Verbindungen
(außer Arsenwasserstoff),
angegeben als As
Benzo(a)pyren
Cadmium und seine Verbindungen
angegeben als Cd
wasserlösliche Cobaltverbindungen
angegeben als Co
Chrom (VI) Verbindungen
(außer Bariumchromat und Bleichromat),
angegeben als Cr insgesamt 0,05 mg/m³

- d) Formaldehyd 5 mg/m³

- e) Dioxine, Furane und PCB
als Summenwert nach Anlage 1 der 17. BImSchV
als Mittelwert der über die jeweilige Probeentnahmezeit gebildet ist 0,1 ng/m³

Alle unter der Nr. 3 aufgeführten Emissionsgrenzwerte beziehen sich auf den Normzustand (273 K, 1013 hPa) nach Abzug des Feuchtegehalts an Wasserdampf und auf einen festen Bezugssauerstoffgehalt von 10 Prozent

5. Die Massenkonzentration an

- Stickstoffoxiden
- Schwefeloxiden
- Staub
- Kohlenmonoxid
- Gesamtkohlenstoff
- Ammoniak

im Abgas des Zementdrehrohrofens sind durch kontinuierlich messende Geräte feststellen zu lassen

Überschreitungen sind gesondert auszuweisen und der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Regionalstelle Gewerbeaufsicht Trier unverzüglich mitzuteilen.

Ebenso sind kontinuierlich zu ermitteln

- der Volumengehalt an Sauerstoff im Abgas

- die zur Beurteilung des ordnungsgemäßen Betriebes erforderlichen Betriebsgrößen, insbesondere Abgastemperatur, Abgasvolumen und Abgasfeuchte

Für die kontinuierliche Messung sind geeignete Messeinrichtungen einzusetzen, welche die zu überwachenden Massenkonzentrationen kontinuierlich ermitteln, registrieren und auswerten

Über die Ergebnisse der Messungen sind Messberichte zu erstellen und innerhalb von 3 Monaten nach Ablauf eines jeden Kalenderjahres hier vorzulegen. Die Messergebnisse sind beim Betreiber 5 Jahre lang aufzubewahren

Bei den kontinuierlichen Messungen ist für jede aufeinanderfolgende halbe Stunde der Halbstundenmittelwert zu bilden. Die Halbstundenmittelwerte sind auf die Bezugsgrößen umzurechnen und mit den dazugehörigen Statussignalen zu speichern. Die Auswertung ist durch geeignete Emissionsrechner, deren Einbau und Parametrierung von einer bekannt gegebenen Stelle überprüft wurde, vorzunehmen. Aus den Halbstundenmittelwerten ist für jeden Kalendertag der Tagesmittelwert, bezogen auf die tagliche Betriebszeit, zu bilden. Die Tagesmittelwerte sind als Häufigkeitsverteilung zu speichern

6. Kontinuierliche Messeinrichtungen sind durch eine von der obersten Landesbehörde für die Kalibrierung bekannt gegebene Stelle kalibrieren und jährlich einmal auf Funktionsfähigkeit überprüfen zu lassen. Die Kalibrierung ist nach jeder wesentlichen Änderung, im Übrigen im Abstand von 3 Jahren zu wiederholen. Die Berichte über das Ergebnis der Kalibrierung und der Prüfung der Funktionsfähigkeit sind der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Regionalstelle Gewerbeaufsicht Trier innerhalb von 8 Wochen vorzulegen.

Die Funktionsüberprüfung der Einrichtungen zur kontinuierlichen Feststellung der Emissionen ist jährlich zu wiederholen.

Der Betreiber ist verpflichtet, für eine regelmäßige Wartung und Prüfung der Funktionsfähigkeit zu sorgen, erforderlichenfalls ist hierfür ein Wartungsvertrag mit dem Hersteller der Geräte abzuschließen.

Ausnahme 3:

7. Auf Antrag des Betreibers wird aufgrund § 16 Abs. 6 und 8 der 17. BImSchV zugelassen, auf die Durchführung kontinuierlicher Messungen von Quecksilber und seinen Verbindungen, Chlorwasserstoff und Fluorwasserstoff zu verzichten.

8. Über die Auswertung der kontinuierlichen Messungen ist jährlich ein Messbericht zu erstellen und jeweils bis spätestens März des Folgejahres der Struktur- und Genehmigungsdirektion, Regionalstelle Gewerbeaufsicht Trier vorzulegen. Die Aufzeichnungen der Messeinrichtungen sind mindestens 5 Jahre aufzubewahren

9. Im Genehmigungsantrag wird von der vdz Service GmbH, Düsseldorf mit Schreiben vom 12.04.2022 die messtechnische Begleitung dargestellt. Der dort in Nr. 2.3.1 geschilderte Messumfang ist durchzuführen.

Einzelmessungen sind im Zeitraum von 12 Monaten nach Inbetriebnahme alle zwei Monate mindestens an einem Tag und anschließend wiederkehrend halbjährlich an mindestens drei Tagen durchzuführen

Über die Ergebnisse der Einzelmessungen sind Messberichte zu erstellen und der Struktur- und Genehmigungsdirektion, Regionalstelle Gewerbeaufsicht Trier spätestens acht Wochen nach den Messungen vorzulegen. Die Messberichte müssen Angaben über die Messplanung, das Ergebnis jeder Einzelmessung, das verwendete Messverfahren und die Betriebsbedingungen, die für die Beurteilung der Messergebnisse von Bedeutung sind, enthalten

10. Mit den Messungen dürfen nur nach § 29b BImSchG bekannt gegebene Stellen beauftragt werden. Die bekanntgegebenen Messstellen können unter „www.resy-mesa.de“ eingesehen werden.

Gemeinsam mit der beauftragten Messstelle sind geeignete Messpunkte und unfallsichere Messplätze, einschließlich der Zugänge, festzulegen und einzurichten.

Die Messstelle ist aufzufordern, den Bericht gleichzeitig mit der Versendung an den Auftraggeber der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Regionalstelle Gewerbeaufsicht Trier unmittelbar zu übersenden. Soweit der Bericht in elektronischer Form vorliegt, wird um Übersendung als PDF-Datei an die E-Mail-Adresse poststelle@sgdnord.rlp.de gebeten.

Die Ermittlungen der Emissionen luftfremder Stoffe sind grundsätzlich bei den für den Auswurf ungünstigsten Verhältnissen der Anlage (z. B. höchste Dauerleistung) durchzuführen. Zwingen schwerwiegende betriebliche Umstände dazu, die Feststellungen unter anderen Bedingungen durchzuführen, sind die Verhältnisse bei höchster Dauerleistung und ungünstigsten Bedingungen abzuschätzen.

11. Mit den Messungen dürfen nur nach § 29b BImSchG bekannt gegebene Stellen beauftragt werden. Die bekanntgegebenen Messstellen können unter „www.resy-mesa.de“ eingesehen werden.

Gemeinsam mit der beauftragten Messstelle sind geeignete Messpunkte und unfallsichere Messplätze, einschließlich der Zugänge, festzulegen und einzurichten.

Die Messstelle ist aufzufordern, den Bericht gleichzeitig mit der Versendung an den Auftraggeber der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Regionalstelle Gewerbeaufsicht Trier unmittelbar zu übersenden. Soweit der Bericht in elektronischer Form vorliegt, wird um Übersendung als PDF-Datei an die E-Mail-Adresse poststelle@sgdnord.rlp.de gebeten.

Die Ermittlungen der Emissionen luftfremder Stoffe sind grundsätzlich bei den für den Auswurf ungünstigsten Verhältnissen der Anlage (z. B. höchste Dauerleistung) durchzuführen. Zwingen schwerwiegende betriebliche Umstände dazu, die Feststellungen unter anderen Bedingungen durchzuführen, sind die Verhältnisse bei höchster Dauerleistung und ungünstigsten Bedingungen abzuschätzen.

12. Die Anlage ist so zu errichten und zu betreiben, dass für die Verbrennungsgase, die beim Einsatz der Sekundärbrennstoffe entstehen, eine Mindesttemperatur von 850 Grad Celsius eingehalten wird. Sofern Sekundärbrennstoffe mit einem Halogengehalt aus halogenorganischen Stoffen von mehr als 1 Prozent des Gewichts, berechnet als Chlor, eingesetzt werden, muss eine Mindesttemperatur von 1100 Grad Celsius eingehalten werden.

Die Mindesttemperatur muss auch unter ungünstigsten Bedingungen für eine Verweilzeit von mindestens zwei Sekunden eingehalten werden.

Die Messung der Mindesttemperatur hat im Brennraum oder Nachverbrennungsraum zu erfolgen.

Die Einhaltung der Mindesttemperatur und der Mindestverweilzeit ist zumindest einmal bei Inbetriebnahme der Anlage nachzuweisen.

Begründung der Ausnahme 1 von vorgeschriebenen Emissionsgrenzwerten (Nebenbestimmung Nr. 2):

Mit vorliegendem Genehmigungsantrag beantragt der Betreiber entsprechend § 24 Abs. 1 der 17. BImSchV abweichend von den Bestimmungen der 17. BImSchV höhere Emissionsgrenzwerte für Schwefeldioxid, Gesamtkohlenstoff und Kohlenmonoxid.

Gemäß § 24 Abs. 1 der 17. BImSchV kann die zuständige Behörde auf Antrag des Betreibers Ausnahmen von vorgeschriebenen Emissionsgrenzwerten zulassen, soweit unter Berücksichtigung der besonderen Umstände des Einzelfalls die

Anforderungen nicht oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand erfüllbar sind und im Übrigen die dem Stand der Technik entsprechenden Maßnahmen zur Emissionsbegrenzung angewandt werden

Gemäß Anlage 3 Nummer 2 1 2 und 2 4 2 der 17. BImSchV kann die zuständige Behörde auf Antrag des Betreibers Ausnahmen vom vorgeschriebenen Emissionsgrenzwert für Schwefeldioxid, Gesamtkohlenstoff und Kohlenmonoxid zulassen, sofern diese auf Grund der Zusammensetzung der natürlichen Rohstoffe erforderlich sind

Den Antragsunterlagen ist ein Gutachten des VDZ gGmbH – Forschungsinstitut der Zementindustrie zu rohstoffbedingten Emissionen der Komponenten Schwefeldioxid, Gesamtkohlenstoff und Kohlenmonoxid beigelegt. Aus dem technischen Bericht vom 03.09.2015 geht hervor, dass die Höhe der Emissionen an Schwefeldioxid, Gesamtkohlenstoff und Kohlenmonoxid überwiegend auf die Rohstoffgehalte zurückzuführen ist.

Dem Antrag konnte somit stattgegeben werden.
Die Ausnahme erfolgt unter dem Vorbehalt des Widerrufs.

Begründung der Ausnahme 2 von vorgeschriebenen Emissionsgrenzwerten (Nebenbestimmung Nr. 2):

Mit vorliegendem Genehmigungsantrag beantragt der Betreiber entsprechend § 24 Abs. 1 der 17. BImSchV abweichend von den Bestimmungen der 17. BImSchV höhere Emissionsgrenzwerte für Schwefeldioxid, Gesamtkohlenstoff, Stickstoffdioxid und Ammoniak.

Gemäß § 24 Abs. 1 der 17. BImSchV kann die zuständige Behörde auf Antrag des Betreibers Ausnahmen von vorgeschriebenen Emissionsgrenzwerten zulassen, soweit unter Berücksichtigung der besonderen Umstände des Einzelfalls die Anforderungen nicht oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand erfüllbar sind und im Übrigen die dem Stand der Technik entsprechenden Maßnahmen zur Emissionsbegrenzung angewandt werden.

Gemäß Anlage 3 Nummer 2 1.2 und 2 4.2 der 17. BImSchV kann die zuständige Behörde auf Antrag des Betreibers Ausnahmen vom vorgeschriebenen Emissionsgrenzwert für Schwefeldioxid, Gesamtkohlenstoff und Ammoniak zulassen, sofern diese auf Grund der Zusammensetzung der natürlichen Rohstoffe erforderlich sind.

Den Antragsunterlagen ist ein Gutachten des VDZ gGmbH – Forschungsinstitut der Zementindustrie zu rohstoffbedingten Emissionen der Komponenten Schwefeldioxid, Gesamtkohlenstoff, Stickstoffdioxid und Ammoniak beigelegt. Aus dem technischen Bericht vom 03.09.2015 geht hervor, dass die Höhe der Emissionen an Schwefeldioxid, Gesamtkohlenstoff und Ammoniak überwiegend auf die Rohstoffgehalte zurückzuführen ist.

Beim Betrieb der SCR-Anlage kann die Emissionsbegrenzung von 200 mg/m³ für Stickstoffdioxid nicht eingehalten werden. Auf Grund der geringen Betriebszeit der SNCR-Anlage ist dies vertretbar.

Dem Antrag konnte somit stattgegeben werden.
Die Ausnahme erfolgt unter dem Vorbehalt des Widerrufs.

Begründung der Ausnahme 3 betreffend kontinuierlicher Messverpflichtungen (Nebenbestimmung Nr. 7):

Mit vorliegendem Genehmigungsantrag beantragt der Betreiber entsprechend § 16 Abs 6 und 8 der 17. BImSchV abweichend von den Bestimmungen der 17. BImSchV auf die Durchführung kontinuierlicher Messungen von Quecksilber und seinen Verbindungen, Chlorwasserstoff und Fluorwasserstoff zu verzichten

Gemäß § 16 Abs 6 der 17. BImSchV kann die zuständige Behörde auf Antrag des Betreibers Einzelmessungen u a für Chlorwasserstoff und Fluorwasserstoff zulassen, wenn durch den Betreiber sichergestellt ist, dass die Emissionen dieser Schadstoffe nicht höher sind als die dafür festgelegten Emissionsbegrenzungen.

Aufgrund der in der Vergangenheit durchgeführten Emissionsmessungen, bei denen Emissionen an Chlorwasserstoff und Fluorwasserstoff festgestellt wurden, die jeweils die zulässigen Emissionsbegrenzungen deutlich unterschritten, kann von einer sicheren Einhaltung der festgelegten Emissionsbegrenzungen für Chlorwasserstoff und Fluorwasserstoff ausgegangen werden

Nach § 16 Abs 8 der 17. BImSchV soll die zuständige Behörde auf Antrag des Betreibers auf die kontinuierliche Messung von Quecksilber und seinen Verbindungen verzichten, wenn zuverlässig nachgewiesen ist, dass die maßgeblichen Emissionsgrenzwerte für Quecksilber und seine Verbindungen nur zu weniger als 20 Prozent in Anspruch genommen werden

Aufgrund der in der Vergangenheit erzielten Messergebnisse kann davon ausgegangen werden, dass die tatsächlichen Quecksilberemissionen weniger als 20 Prozent der maßgeblichen Emissionsgrenzwerte betragen

Aus Gründen der Verhältnismaßigkeit kann somit dem Antrag stattgegeben werden und auf kontinuierliche Messungen von Quecksilber und seinen Verbindungen, Chlorwasserstoff und Fluorwasserstoff verzichtet werden

Die Ausnahme erfolgt unter dem Vorbehalt des Widerrufs um sicherzustellen, dass „ bei Nichterfüllung der v g. Ausnahmevoraussetzungen die Anlage mit kontinuierlichen Messeinrichtungen für die jeweiligen Luftschadstoffe nachgerüstet wird

III: Hinweise des Landesamtes für Umwelt, Rheinland-Pfalz, Mainz

1. Die Betriebsordnung und das Betriebshandbuch sind fortzuschreiben und den betrieblichen Änderungen anzupassen. Diese sind der Kreisverwaltung Vulkaneifel vorzulegen.

2. Bei Anlieferung der Abfälle ist eine Eingangskontrolle durchzuführen. Diese umfasst eine Mengenermittlung, Feststellung des Abfallschlüssels und Sichtkontrolle. Bei der Sichtkontrolle ist insbesondere zu überprüfen, ob nur für die Anlage zugelassene Abfälle enthalten sind. Nicht zugelassene Abfälle sind zurückzuweisen, die Zurückweisung ist im Betriebstagebuch zu dokumentieren. Es ist eine genaue Arbeitsanweisung der Annahmekontrolle zu erstellen, in der Anlage jederzeit griffbereit vorzuhalten und regelmäßig auf dem neusten Stand zu halten

3. Die Verwendung von Sekundarbrennstoffen im Produktionsprozess der Klinkerherstellung ist auf die beantragten Abfälle und auf einen max. 12-monatigen Versuchsbetrieb begrenzt.

4. Die Ergebnisse des Probetriebs sind der Kreisverwaltung Vulkaneifel und dem LfU, Referat 32, zusammen mit einer Auswertung des Einsatzes der Abfälle bezüglich dessen Auswirkungen auf die Produkteigenschaften sowie dessen Schadstoffgehaltes insbesondere Schwermetalle zu übermitteln

IV. Allgemeine Hinweise

1. Gemäß § 21 Abs. 2 der Verordnung über das Genehmigungsverfahren (9. BImSchV) i. d. F. vom 29. Mai 1992, BGBl. I S. 1666, 1667, in der z. Zt. gültigen Fassung, wird darauf hingewiesen, dass der Änderungsgenehmigungsbescheid unbeschadet der behördlichen Entscheidungen ergeht, die nach § 13 des BImSchG nicht von der immissionsschutzrechtlichen Änderungsgenehmigung eingeschlossen werden.

2. Die Genehmigung erlischt, wenn die Anlage während eines Zeitraums von mehr als drei Jahren nicht mehr betrieben worden ist (§ 18 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG). Die Genehmigung erlischt ferner, soweit das Genehmigungserfordernis aufgehoben wird (§ 18 Abs. 2 BImSchG). Unberührt davon bleiben jedoch die behördlichen Entscheidungen, die nach § 13 BImSchG von der immissionsschutzrechtlichen Änderungsgenehmigung eingeschlossen werden.

3. Nach § 15 Abs. 1 BImSchG ist der Betreiber verpflichtet, jede Änderung der Lage, der Beschaffenheit oder des Betriebs der genehmigungsbedürftigen Anlage, sofern eine Genehmigung nicht beantragt wird, mindestens einen Monat, bevor mit der Änderung begonnen werden soll, der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Regionalstelle Gewerbeaufsicht Trier, Deworastraße 8, 54290 Trier, schriftlich anzuzeigen, wenn sich die Änderung auf in § 1 BImSchG genannte Schutzgüter auswirken kann. In diesem Anzeigeverfahren wird geprüft, ob die Änderung einer Genehmigung nach dem BImSchG bedarf. Der Anzeige sind Unterlagen im Sinne des § 10 Abs. 1 Satz 2 BImSchG beizufügen, soweit diese für die Prüfung erforderlich sein können, ob das Vorhaben genehmigungsbedürftig ist.

4. Sobald der Betreiber beabsichtigt, den Betrieb der genehmigungsbedürftigen Anlage einzustellen, ist uns dies unter Angabe des Zeitpunktes der Einstellung unverzüglich anzuzeigen. Der Anzeige sind Unterlagen über die vom Betreiber vorgesehenen Maßnahmen zur Erfüllung der sich aus § 5 Abs. 3 BImSchG ergebenden Pflichten beizufügen (§ 15 Abs. 3 BImSchG).

5. Gemäß § 5 Abs. 3 BImSchG sind genehmigungsbedürftige Anlagen so zu errichten, zu betreiben und stillzulegen, dass auch nach einer Betriebseinstellung von der Anlage oder dem Anlagengrundstück keine schädlichen Umwelteinwirkungen und sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft hervorgerufen werden können, vorhandene Abfälle ordnungsgemäß und schadlos verwertet oder ohne Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit beseitigt werden und die Wiederherstellung eines ordnungsgemäßen Zustandes des Betriebsgeländes gewährleistet ist.

6. Die Änderungsgenehmigung wird unbeschadet etwaiger privater Rechte Dritter erteilt. Sie gewährt daher auch nicht das Recht, Gegenstände, die einem anderen gehören oder Grundstücke und Anlagen, die im Eigentum oder im Besitz eines anderen stehen, in Gebrauch zu nehmen. Die Antragstellerin hat sich erforderlichenfalls diese Berechtigung durch Vereinbarung zu beschaffen.

V. Begründung:

Mit Formantrag vom 08.08.2022, eingegangen am 15.08.2022, wurde die *Änderungsgenehmigung für den Einsatz von Sekundarbrennstoffen (Ersatzbrennstoffen)* mit nicht mehr als 25 % Anteil an der Gesamtfeuerungswärmeleistung im vorhandenen Drehrohrofen (max. 12-monatiger Versuchszeitraum) und Verwertung mineralischer Stoffe in der Klinkerproduktion auf dem Betriebsgelände in der Gemarkung Ahütte, Flur 14, Flurstück 10/1, beantragt. Die Produktionskapazität der Anlage von 800

Tonnen je Tag wird nicht verändert. Bauliche Veränderungen ergeben sich ebenfalls nicht.

Die Maßnahme stellt nach §§ 4, 16 BImSchG i. V. m. § 1 Abs. 1 und Ziffer 2.3.1., Verfahrensart G, des Anhangs zur 4. BImSchV eine wesentliche Änderung der genehmigungsbedürftigen Anlage zur Herstellung von Zementklinker oder Zementen dar. Infolge der Beurteilung der wesentlichen Änderung nach Verfahrensart G des Anhangs zur 4. BImSchV und dem damit verbundenen formlichen Verfahren hat der Antragsteller zusätzlich beantragt, gemäß § 16 Abs. 2 BImSchG von der öffentlichen Bekanntmachung des Vorhabens sowie der Auslegung des Antrages und der Unterlagen abzusehen, weil seines Erachtens erhebliche nachteilige Auswirkungen auf in § 1 BImSchG genannte Schutzgüter nicht zu besorgen seien.

Die geplante Änderung ist weiterhin ein Vorhaben im Sinne des § 2 Abs. 2 Nr. 2 a i. V. m. Nr. 2.2.2 der Anlage 1 (Liste „UVP-pflichtige Vorhaben“) zum Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) i. d. F. der Bekanntmachung der Neufassung des UVPG vom 25. Juni 2005 (BGBl. I S. 1757 ff.) in der z. Zt. gültigen Fassung, bei dem im Fall der Neuerrichtung eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls vorgesehen ist. Die gemäß § 1 Abs. 2, 3 der 9. BImSchV im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Änderungs genehmigungsverfahrens erfolgte Vorprüfung des Einzelfalls nach § 3 c UVPG hat ergeben, dass die Änderung keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben kann. Die öffentliche Bekanntgabe nach § 3 a Satz 2 UVPG ist erfolgt.

Gemäß § 10 V BImSchG und § 11 der 9. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über das Genehmigungsverfahren – 9. BImSchV) i. d. F. vom 29. Mai 1992, BGBl. I S. 1001 ff., in der z. Zt. gültigen Fassung, wurden die Stellungnahmen der Behörden eingeholt, deren Aufgabenbereich durch das Vorhaben berührt wird, insbesondere der SGD Nord, Regionalstellen Gewerbeaufsicht und Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz, Trier. Und des Landesamtes für Umwelt, Mainz.

Die beantragten und begründeten Ausnahmen von Vorschriften der 17. BImSchV konnten auf der Grundlage der fachtechnischen Stellungnahmen gemäß § 19 Abs. 1 der 17. BImSchV zugelassen werden.

Aufgrund des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes sind Abfälle zu verwerten. Laut dem EUGH-Urteil vom 13.02.2003 zur belgischen Zementindustrie (C-228/00) und zur Hausmüllverbrennung (C-458/00) ist der Einsatz von Abfällen in einem Zementwerk eine energetische Verwertung, weil hier Primärbrennstoffe eingespart werden. Durch den Einsatz der Sekundärbrennstoffe dürfen weder die Qualität des Produktes noch die Schutzgüter nachteilig verändert werden. Mit dem im Antrag enthaltenen Antragsunterlagen wurde nachgewiesen, dass die entsprechenden Richtwerte einhaltbar sind.

Aufbereitetes Holz ist unter dem Abfallschlüssel 19 12 07 eingestuft. Die Abfallschlüssel 17 02 04 (Holz aus Bauabfällen) und 20 03 07 (Sperrmüll) können im Abfallschlüssel 19 12 07 enthalten sein und dürfen nur nach Aufbereitung angenommen werden. Bei der Annahme, Lagerung und energetischen Verwertung von Holzabfällen sind die Anforderungen der Altholzverordnung vom 15. August 2002, BGBl. I S. 3302 ff., zu beachten.

Die Untere Bauaufsichtsbehörde, sowie der Ortsgemeinde Üxheim, haben keine Bedenken geäußert.

Das Gesundheitsamt trägt keine Bedenken gegen das auf 12 Monate befristete Vorhaben vor, sofern das Vorhaben entsprechend der Unterlagen ausgeführt wird und gewährleistet ist, dass bei der Durchführung der Maßnahme die zulässigen Grenzwerte der TA Luft und der TA Lärm dauerhaft eingehalten werden

Die Untere Naturschutzbehörde teilt mit, da keine baulichen Veränderungen vorgenommen werden, liegt kein klassischer Eingriff in Sinne des bundes- und landesrechtlichen Naturschutzrechts vor. Beeinträchtigungen von Natur- und Landschaft, die sich erheblich auf das Landschaftsbild oder Flora und Fauna auswirken können, werden nicht vermutet, wenn die anerkannten Regeln / Stand der Technik eingehalten werden

Aus der Prüfung des Antrags und der Unterlagen sowie den Fachstellungnahmen der Verfahrensbeteiligten hat sich ergeben, dass die Genehmigungsvoraussetzungen gegeben sind, sofern die Anlage entsprechend dem Antrag und den Unterlagen unter Beachtung der festgesetzten Nebenbestimmungen errichtet und betrieben wird. Nach § 6 BImSchG war die Änderungsgenehmigung somit zu erteilen. Es ist sichergestellt, dass die Pflichten nach § 6 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG erfüllt werden und entsprechend § 6 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG andere öffentlich-rechtliche Vorschriften und Belange des Arbeitsschutzes der Errichtung und dem Betrieb der Anlage nicht entgegenstehen.

Die Zulässigkeit der Nebenbestimmungen ergibt sich aus § 12 BImSchG. Die Nebenbestimmungen sind unter dem Grundsatz der Geeignetheit, Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Ausübung pflichtgemäßen Ermessens ergangen, um die Erfüllung der in § 6 BImSchG genannten Genehmigungsvoraussetzungen sicherzustellen.

Die Änderungsgenehmigung ergeht auf Grund der Tatsache, dass es sich um ein Vorhaben handelt, welches in Ziffer 2.3.1, Verfahrensart G, des Anhangs zur 4. BImSchV aufgeführt ist, zwar nach wie vor im formlichen Verfahren, allerdings in Abstimmung mit den Fachbehörden gemäß § 16 II BImSchG und entsprechend dem Ergebnis der Vorprüfung nach dem UVPG unter dem Verzicht auf die öffentliche Bekanntmachung des Vorhabens und die entsprechende Auslegung des Antrags und der Unterlagen. Auch in diesem Zusammenhang sind die Nebenbestimmungen Grundlage für den Verzicht auf die Veröffentlichung des Vorhabens nach der Bestimmung des § 16 Abs. 2 BImSchG sowie für das Ergebnis der Vorprüfung nach UVPG.

Die sachliche und örtliche Zuständigkeit der Kreisverwaltung Vulkaneifel für die Durchführung des Genehmigungsverfahrens ergibt sich aus § 1 Abs. 1 und Iff. Nr. 1.1.1 Ziffer 4 der Anlage zu § 1 der Landesverordnung über Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Immissionsschutzes (ImSchZuVO) vom 14. Juni 2002, GVBl. S. 280 ff., in Verbindung mit § 1 des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes (LVwVfG) vom 23. Dezember 1976, GVBl. S. 308 f., und § 3 Abs. 1 Ziffern 1 und 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes, Bekanntmachung der Neufassung vom 23. Januar 2003, BGBl. I S. 102 ff., jeweils in den z. Zt. gültigen Fassungen.

Die Zuständigkeit für die Zulassung von Ausnahmen nach § 19 Abs. 1 der 17. BImSchV ergibt sich aus Ziffer 3.12.28 i. V. m. 3.12.1 der ImSchZuVO.

VI. Kostenfestsetzung:

Für die Erteilung dieser Änderungsgenehmigung nach dem BImSchG sind auf der Grundlage des Landesgebührengesetzes Rheinland-Pfalz (LGebG) vom 03. Dezember 1974, GVBl. S. 578, in Verbindung mit der Landesverordnung über Gebühren im Geschäftsbereich des Ministeriums für Umwelt und Forsten (Besonderes Gebührenverzeichnis) vom 20. April 2006, GVBl. S. 165 ff., jeweils in den zur Zt. gelten

Fassungen, Kosten (Gebühren und Auslagen) zu erheben Kostenschuldner ist die Antragstellerin (§ 13 Abs. 1 Nr. 1 LGebG)

Nach Nr. 4.1.1.1 des Besonderen Gebührenverzeichnisses beträgt die Gebühr für eine Genehmigung nach den §§ 4 und 10 BImSchG einer im Anhang der 4. BImSchV genannten Anlage 265,75 € bis 797.600 € (Rahmensatz). Im Falle von Rahmensätzen sind bei der Gebührenbemessung der im Einzelfall mit der Amtshandlung verbundene Verwaltungsaufwand und der wirtschaftliche Wert der Amtshandlung für den Gebührenschuldner zu berücksichtigen (§ 9 LGebG). Die angegebenen Gesamtkosten betragen 2.000.000,00 €

Neben den Gebühren sind gemäß § 10 LGebG die mit der Amtshandlung verbundenen Auslagen zu erstatten. Die Gebühren für die Mitwirkungshandlungen der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord (SGD Nord) und der weiteren Fachbehörden sind nach § 7, für die SGD Nord i. V. m. Ziffer 4.1.25 des Besonderen Gebührenverzeichnisses, zusätzlich als Auslagen zu erheben.

Weiter sind als Auslagen die Kosten für die öffentliche Bekanntgabe nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) zu tragen (§ 10 Abs. 1 Nr. 4 LGebG).

Hieraus ergibt sich folgende Kostenfestsetzung:

1) Immissionsschutzrechtliche Gebühr

Ziffer 4.1.1.1 des Besonderen Gebührenverzeichnisses	1.200,00 €
--	------------

2) Auslagen für die Mitwirkung von Fachbehörden

SGD Nord, Regionalstelle Gewerbeaufsicht und Regionalstelle WAB, Trier	2.171,24 €
--	------------

Verwaltungsgebühren der Abteilung Gesundheitsamt	120,80 €
--	----------

Verwaltungsgebühren Landesamt für Umwelt, Mainz	250,00 €
---	----------

gesamt	3.742,04 €
--------	------------

Der Gesamtbetrag in Höhe von 3.742,04 Euro ist unter Angabe des Verwendungszwecks und der Belegnummer 301 346 63 bis spätestens sechs Wochen nach Zustellung zu überweisen.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch bei der Kreisverwaltung Vulkaneifel, Mainzer Straße 25, 54550 Daun, schriftlich, in elektronischer Form nach § 3 Abs. 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes oder zur Niederschrift erhoben werden.

Bei schriftlicher Einlegung des Widerspruchs ist die Widerspruchsfrist (Satz 1) nur gewahrt, wenn der Widerspruch noch vor Ablauf dieser Frist bei der Behörde eingegangen ist

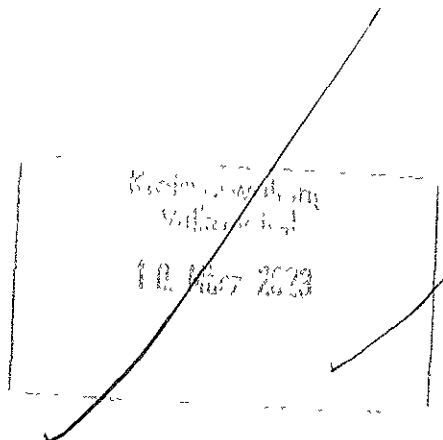
Nach § 80 Abs 2 Nr. 1 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) entfällt die aufschiebende Wirkung von Widerspruch und Anfechtungsklage bei der Anforderung von öffentlichen Abgaben und Kosten mit der Folge, dass sich ein Zahlungsaufschub durch die Einlegung von Rechtsbehelfen nicht ergibt.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung.

(Klaus Benz)
Geschäftsbereichsleiter

Portlandzementwerk Wotan · H. Schneider KG · 54579 Üxheim (Ahrle)

Kreisverwaltung Vulkaneifel
Bauen, Schulen und OPNV
Mainzer Straße 25
54550 Daun



Ansprechpartner
Thomas Gross

Telefonnummer
+49 2696 922-271

Fax-Nummer

Datum
07.03.23

Widerspruch - 6-5610-Änderungsgenehmigung Wotan - Ersatzbrennstoffe

Sehr geehrter Herr Herr,

mit diesem Schreiben erheben wir Widerspruch zu Teilen der Änderungsgenehmigung „6-5610-Änderungsgenehmigung Wotan – Ersatzbrennstoffe“, die bei Ihnen am 08. Feb. 2023 erstellt wurde und bei uns am 13. Feb. 2023 eingegangen ist.

Wir beziehen uns auf folgende Punkte.

1. Halbstundenmittelwert SO_2 :

Auf der Seite 8 Ihres Genehmigungsschreibens wird ein Halbstundenmittelwert von 600 mg/m^3 für den SCR-Betrieb aufgeführt und auf Seite 9 des Genehmigungsschreibens ein HMW SO_2 von 450 mg/m^3 für den SNCR-Betrieb.

In den nachgereichten Unterlagen vom 02.12.2022, werden auf der Seite 6 des Dokumentes (Anlage zu Formular 5.2, zu finden im Anhang 1 dieses Schreibens) die beantragten rohmaterialbedingten Ausnahmen für SO_2 begründet.

Die Schwefeldioxidemissionen sind rohmaterialbedingt und somit werden diese weder durch den SCR-Betrieb, noch durch den SNCR-Betrieb reduziert.

Daher macht wie auf Seite 5 dieses Dokumentes beantragt auch für den SNCR-Betrieb ein HMW von SO_2 von 600 mg/m^3 nur Sinn.

Daher beantragen wir den Wert beim SNCR-Betrieb auch auf $600 \text{ mg SO}_2 / \text{m}^3$ anzuheben.

2. Zulässiger Gehalt an Inhaltsstoffen/Schwermetallen

Sie führen auf den Seiten 5 + 6 (Nr 11 - Zulässiger Gehalt an Inhaltsstoffen/Schwermetallen) aus unserer Sicht zu viele Werte auf

Aus der Praxis sind hier folgende Parameter für das Abgas in einer Ofenanlage nicht nötig und werden auch von Messinstituten nicht gemessen.

- 1 Selen
- 2 Tellur
- 3 Beryllium

Wir verweisen hier auf das Dokument (Messtechnische Begleitung durch den VDZ) Dieses Dokument wurde mit den Hauptantragsunterlagen eingereicht (s. Seite 2 des Genehmigungsbescheides – II Antrag und Unterlagen – Anlage 10)

Diese 3 genannten Parameter werden hier nicht aufgeführt

Des Weiteren sind die Parameter weder bei dem Leitfaden NRW (s. Anhang 2 zu diesem Schreiben) und bei der Gütegemeinschaft Sekundarbrennstoffe und Recyclingholz e.V. zu finden

Weiterhin möchten wir Sie darum bitten sich die Tabelle I 1 im Leitfaden NRW auf der Seite 11 dieses Leitfadens (im pdf-Dokument Seite 12 von 227) anzuschauen.

Dieses Dokument gilt nach Rücksprache mit Herrn Dr. Stefan Schäfer (Abteilungsleiter Umwelt und Betriebstechnik) des VDZ (Verein Deutscher Zementwerke) für die Bestimmung der zulässigen Gehalte

Hier können Sie entscheidende Unterschiede z.B. in Bezug auf Praxis- und Maximalwert z.B. bei den Parametern Quecksilber, Blei, Chrom, Kupfer, Mangan und Nickel zu Ihrer Tabelle im Genehmigungsschreiben auf den Seiten 5 + 6 erkennen.

Daher beantragen wir, dass die Parameter aus der Tabelle I.1 des Leitfadens NRW für unsere Genehmigung und ohne die Parameter Selen, Tellur und Beryllium gelten.

3. Probenahme/Rückstellproben und Analysen Seite 7 des Genehmigungsbescheides

Hier sind die beiden Nr. 20 und 21 nicht eindeutig zu verstehen.

Man konnte unter Nr. 20 verstehen, dass man mehr als ein 10 Liter Eimer als Rückstellprobe entnehmen muss

Das Erstellen einer Zweimonats-Sammelprobe unter Nr. 21 kann ebenfalls missverstanden werden

Daher verweisen hier auf das beiliegende Dokument (Anhang 5: Probenahme Sekundarbrennstoff), welches den Genehmigungsunterlagen s. hierzu Genehmigungsbescheid Seite 2 unter II Antrag und Unterlagen - Anlage 7 eingereicht wurde. Dieses Dokument ist Teil unseres Überwachungsplanes, welcher Teil des Europäischen Emissionshandels ist und vom Umweltbundesamt – Deutsche Emissionshandelsstelle am 20.07.2022 genehmigt wurde

Hier wird folgendes beschrieben:

Bilden von Analysenproben:

3 x wöchentliche Stichprobe = Eine 10 Liter Wochensammelprobe

8 x Wochen-Sammelprobe = Eine 10 Liter Zweimonats-Sammelprobe

Zudem finden Sie zu diesem Widerspruchsschreiben im Anhang 4 einen E-Mail-Verlauf mit Frau Dr.-Ing. Ute Zunzer (Abteilungsleiterin Umweltmesstechnik / Leiterin Umweltmessstelle des VDZ), in dem es auch um die Häufigkeit der Probenahme geht.

Wir beantragen daher diese beiden Abschnitte von Ihrer Seite aus zu überprüfen und der Eindeutigkeit halber entsprechen wie von uns beschrieben abzuändern.

4. Ausnahme 3 - Nr. 9 Seite 12 des Genehmigungsbescheides

Hierzu verweisen wir auf das Schreiben vom 03. März 2023 von der VDZ Service GmbH (s. Anhang 3 zu diesem Widerspruchsschreiben).

Folgendes sollte ergänzt bzw. abgeändert werden (s. hierzu detailliertere Beschreibung im Schreiben des VDZ):

1. Nach den 12 Monaten Versuchszeitraum und einer endgültigen Betriebsgenehmigung für den Einsatz von EBS sind nur noch Wiederholungsmessungen an drei Tagen nötig und nicht nochmals Einzelmessungen.
2. Der Messumfang der endgültigen Betriebsgenehmigung sollte sich an den gesetzlichen Parametern der 17. BImSchV orientieren.
3. Es reicht eine jährliche Wiederholungsmessung im Jahr (Versuchsgenehmigung und endgültige Betriebsgenehmigung), wenn der jeweilige Emissionsgrenzwert nach der Richtlinie VDI 2448, Blatt 2, Ausgabe Juli 1997 nicht überschritten wird.

Wir beantragen daher dies im Genehmigungsbescheid zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen



i.A. Thomas Gross

Portlandzementwerk Wotan H. Schneider KG

Anhänge

- Anhang 1: Nachtrag 02.12.2022 - Einsatz von EBS an Gesamtfeuerungswärmeleistung
- Anhang 2: Leitfaden NRW September 2005
- Anhang 3: Stellungnahme VDZ vom 03.März 2023
- Anhang 4: E-Mail VDZ Probenahme
- Anhang 5: Probenahme Sekundärbrennstoff

Manfred Groben <manfred.groben@sgdnord.rlp.de>

17.3.2023 12:01

AW: Widerspruch - 6-5610-Änderungsgenehmigung Wotan - Ersatzbrennstoffe

An dieter.hein@vulkaneifel.de <dieter.hein@vulkaneifel.de> Kopie

Manfred Weber <manfred.weber@sgdnord.rlp.de> •

Poststelle24 (SGD Nord) <poststelle24sgdnord@sgdnord.rlp.de> •

Rudolf Lauer <rudolf.lauer@sgdnord.rlp.de>

Sehr geehrter Herr Hein,

mit E-Mail vom 07.03.23 hat Herr Gross, Firma Portlandzementwerk Wotan, Üxheim Widerspruch gegen einige Nebenbestimmungen des Genehmigungsbescheides vom 08.02.2023 erhoben und Hinweise gegeben. Nach Prüfung des Widerspruchs möchten wir zwei Nebenbestimmungen wie folgt ändern:

- a) alte Nebenbestimmung Nr. 2, Seite 9, Ausnahme 2, Halbstundenmittelwert für Schwefeldioxid und Schwefeltrioxid, angegeben als Schwefeldioxid mit 450 mg/m^3 ; Dieser Immissionswert wird unter Beachtung der entsprechenden Erläuterungen von Herrn Gross von 450 mg/m^3 auf 600 mg/m^3 angehoben.

neue Nebenbestimmung Nr. 2, Seite 9, **Ausnahme 2, Halbstundenmittelwert für Schwefeldioxid und Schwefeltrioxid, angegeben als Schwefeldioxid mit 600 mg/m^3** ✓

- b) alte Nebenbestimmung Nr. 9, Seite 12, Ausnahme 3; Dort werden im Absatz 2 Einzelmessungen im Zeitraum von 12 Monaten nach Inbetriebnahme alle zwei Monate mindestens an einem Tag und anschließend wiederkehrend **halbjährlich** an mindestens drei Tagen gefordert. Die Forderung für die Durchführung von halbjährlichen Messungen wird auf Grund des § 18 Abs. 3 der 17. BImSchV geändert in jährlich durchzuführende Messungen, sofern der Maximalwert der periodischen Messungen mit einem Vertrauensniveau von 50 Prozent nach der Richtlinie VDI 2448 Blatt 2, Ausgabe Juli 1997, den jeweiligen Emissionsgrenzwert nicht überschreitet, weshalb die v. g. Nebenbestimmung Nr. 9 folgenden Wortlaut erhalten soll:

- a) **neue Nebenbestimmung Nr. 9, Seite 12, Ausnahme 3**

Im Genehmigungsantrag wird von der vdz Service GmbH, Düsseldorf mit Schreiben vom 12.04.2022 die messtechnische Begleitung dargestellt. Der dort in Nr. 2.3.1 geschilderte Messumfang ist durchzuführen.
Einzelmessungen sind im Zeitraum von 12 Monaten nach Inbetriebnahme alle zwei Monate mindestens an einem Tag und anschließend wiederkehrend

jährlich durchzuführen, sofern der Maximalwert der periodischen Messungen mit einem Vertrauensniveau von 50 Prozent nach der Richtlinie VDI 2448 Blatt 2, Ausgabe Juli 1997, den jeweiligen Emissionsgrenzwert nicht überschreitet. Über die Ergebnisse der Einzelmessungen sind Messberichte zu erstellen und der Struktur- und Genehmigungsdirektion, Regionalstelle Gewerbeaufsicht Trier spätestens acht Wochen nach den Messungen vorzulegen. Die Messberichte müssen Angaben über die Messplanung, das Ergebnis jeder Einzelmessung, das verwendete Messverfahren und die Betriebsbedingungen, die für die Beurteilung der Messergebnisse von Bedeutung sind, enthalten.

Die weiteren Hinweise bzw. Anmerkungen des Widerspruchs (s. Seite 2 des Schreibens des vdz vom 03.03.2023) werden bei der Antragstellung für den Dauerbetrieb, sofern die Genehmigungsvoraussetzungen nach § 6 BImSchG vorliegen, berücksichtigt.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Manfred Groben

STRUKTUR-UND

GENEHMIGUNGSDIREKTION NORD

Regionalstelle Gewerbeaufsicht

Deworastr 8

54290 Trier

Tel.: 0651/4601-5222

Fax: 0261/120 88 5222

Manfred.Groben@sgdnord.rlp.de

www.sgd-nord.rlp.de

Über die SGD Nord

Die Struktur- und Genehmigungsdirektion (SGD) Nord ist eine Obere Landesbehörde des Landes Rheinland-Pfalz. Als moderne Bündelungsbehörde vereint sie Gewerbeaufsicht, Wasser- und Abfallwirtschaft, Bodenschutz, Raumordnung, Landesplanung, Naturschutz und Bauwesen sowie eine Servicestelle für Unternehmer und Existenzgründer unter einem Dach. Die SGD Nord steht für Kompetenz und sorgt für eine zügige, rechtssichere Bearbeitung von Genehmigungsverfahren. Damit leistet sie einen wichtigen Beitrag zur Attraktivität von Rheinland-Pfalz als Wirtschaftsstandort und gesundem Lebensraum. Die SGD Nord hat ihren Sitz in Koblenz und ist in Montabaur, Idar-Oberstein und Trier vertreten. Weitere Informationen unter www.sgd-nord.rlp.de

Im Rahmen eines Verfahrens werden auch personenbezogene Daten erfasst und gespeichert. Nähere Informationen hierzu und zu den aus der EU-Datenschutz-Grundverordnung resultierenden Rechten finden Sie auf der Internetseite <https://sgdnord.rlp.de/de/ueber-die-sgd-nord/datenschutz/>

Manfred Weber <manfred.weber@sgdnord.rlp.de>

21.3.2023 15:03

WG: Widerspruch - 6-5610-Änderungsgenehmigung Wotan - Ersatzbrennstoffe

An dieter.hein@vulkaneifel.de <dieter.hein@vulkaneifel.de> Kopie

Manfred Groben <manfred.groben@sgdnord.rlp.de> •

Erich Karl Jaeger <erich.jaeger@sgdnord.rlp.de> •

Tobias Pein <tobias.pein@sgdnord.rlp.de>

Sehr geehrter Herr Hein,

Herr Gross, Firma Portlandzementwerk Wotan H. Schneider KG hat mit E-Mail vom 07.03.23

Widerspruch gegen einige Nebenbestimmungen des Genehmigungsbescheides vom 08.02.2023 erhoben und diesen begründet bzw. Hinweise gegeben.

Nach Prüfung des Widerspruchs hinsichtlich der Belange der Abfallwirtschaft schlage ich vor, die

Nebenbestimmungen Nrn. 11, 20 und 21 auf den Seiten 6 und 7 wie folgt zu ändern:

11. Zulässiger Gehalt an Inhaltsstoffen / Schwermetallen

Parameter	Praxiswert (mg/kg TS)	(mg/MJ)	Maximalwert (mg/kg TS)
Cadmium	4	0,2	9
Quecksilber	0,6	0,03	1,2
Thallium	1	0,05	2
Arsen	5	0,25	13
Kobalt	6	0,30	12
Nickel	50	2,5	100
Antimon	50	2,5	120
Blei	130	6,5	300
Chrom	85	4,25	185
Kupfer	235*	11,75*	500*
Mangan	150	7,5	300
Vanadium	10	0,5	25
Zinn	30	1,5	70

* Überschreitungen aufgrund von Inhomogenitäten
sind im Einzelfall zulässig. Rückstellproben der betroffenen Chargen sind
erneut zu analysieren.

20. Von den angelieferten Ersatzbrennstoffmischungen (AVV 19 12 10 und Holzgemische)

sind einmal pro Woche eine 10 Liter-Sammelprobe bestehend aus 3 Einzelprobenahmen

aus dem Anlieferungsbereich zu nehmen und zusammenzustellen. Herkunft, Art und Lieferdatum des Ersatzbrennstoffes müssen aus der Beschriftung eindeutig hervorgehen.

21. Aus 8 Wochen-Sammelproben nach Nr. 20 ist eine 10 Liter-Zweimonats-Sammelprobe durch

homogenisieren und definierte Probenentnahme herzustellen und entsprechend zu beschriften.

Zudem sind Rückstellproben zu erstellen und für die Dauer eines halben Jahres aufzubewahren.

Die Zweimonats-Sammelproben sind jeweils in einem externen Labor auf die Parameter der

Deklarationsanalyse untersuchen zu lassen.

Begründung:

Nach Prüfung des Widerspruchs und der Hinweise des Antragstellers können die Nebenbestimmungen

Nr. 11, 20 und 21 geändert werden. Auf die Untersuchung der Parameter Selen, Tellur und Beryllium

wird verzichtet, da diese in der Praxis bei den zum Einsatz kommenden Ersatzbrennstoffen

keine besondere Relevanz besitzen. Bezüglich der Parameter Blei, Chrom, Kupfer und Mangan können

insbesondere in den aus Siedlungsabfällen gewonnenen Ersatzbrennstoffen herkunftsbedingt eine

größere Heterogenität und Schwankungsbreite einzelner Schwermetalle vorkommen.

Auch unter

Berücksichtigung von Anforderungen an vergleichbare Anlagen können in den Ersatzbrennstoffen

daher teilweise höhere Gehalte an Schwermetallen zugelassen werden.

Die Nebenbestimmungen Nr. 20 und Nr. 21 zur Probenahme an den Ersatzbrennstoffen wurden mit

Hinweis auf die Antragsunterlagen, Anhang 5: Probenahme Sekundärbrennstoff neu gefasst.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

--



Kreisverwaltung Vulkaneifel

Kreisverwaltung Vulkaneifel ☒ Postfach 12 20 ☒ 54543 Daun



26.06.2023

Abteilung

Bauen

Unser Zeichen

6-5610-Änderungsge-
nehmigung Wotan-Er-
satzbrennstoffe

Auskunft erteilt

Dieter Hein

Zimmer

309

Telefon

06592/933-323

Telefax

06592/933-6220

E-Mail

dieter.hein

@vulkaneifel.de

Bürgerservice

info@vulkaneifel.de

06592/933-0

www.vulkaneifel.de

Fa. Portlandzementwerk Wotan H. Schneider KG
Unten im Hähnchen 1
54579 Üxheim

**Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG);
hier: Einsatz von Sekundärbrennstoffen (Ersatzbrennstoffen) mit nicht mehr als 25 %
Anteil an der Gesamtfeuerungswärmeleistung im vorhandenen Drehrohrofen (max. 12-
monatiger Versuchszeitraum) und Verwertung mineralischer Stoffe in der Klinkerpro-
duktion auf dem Betriebsgelände der Fa. Portlandzementwerk Wotan H. Schneider KG
in der Gemarkung Üxheim-Ahütte, Flur 14, Flurstück 10/1;**

Formantrag vom 08.08.2022, eingegangen am 15.08.2022, vervollständigt jeweils mit
Nachtragsunterlagen vom 19.09.2022, 31.10.2022 und 02.12.2022

Sehr geehrte Damen und Herren,

unter Bezugnahme auf den Antrag auf Genehmigung ergeht hiermit der nachfolgende
Bescheid:

I. Genehmigung

Auf o. a. Formantrag der Fa. Wotan H. Schneider KG, Industriegebiet, 54579 Üxheim-
Ahütte, sowie die nachfolgenden Ergänzungen der Antragsunterlagen wird hiermit ge-
mäß §§ 10 und 16 des Gesetzes zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch
Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Im-
missionsschutzgesetz – BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17.05.2013,
BGBl. I S. 1274 ff, berichtigt 2021 S. 123), in Verbindung mit den §§ 1 und 2 Abs. 1 Nr. 1a
der Vierten Verordnung zur Durchführung des BImSchG (Verordnung über genehmi-
gungsbedürftige Anlagen – 4. BImSchV) in der Fassung der Bekanntmachung vom
31.05.2017, BGBl. I S. 1440 ff, und Ziffer 2.3. 1. Verfahrensart G des Anhangs zur 4.

BlmSchV, sowie der Siebzehnten Verordnung zur Durchführung des BlmSchG (Verordnung über die Verbrennung und Mitverbrennung von Abfällen – 17. BlmSchV) in der Fassung vom 02.05.2013, BGBl. I S. 1021), alle Vorschriften jeweils in den z. Zt. gültigen Fassungen, im formlichen Verfahren unter Anwendung des § 16 Abs. 2 BlmSchG – vorbehaltlich etwaiger privater Rechte Dritter – die

Genehmigung zur wesentlichen Änderung einer genehmigungsbedürftigen Anlage zur Herstellung von Zementklinker oder Zementen (Nr. 2.3 1 Verfahrensart G der 4. BlmSchV)

durch den Einsatz von Sekundärbrennstoffen (=Ersatzbrennstoffen) mit nicht mehr als 25 % Anteil an der Gesamtfeuerungswärmeleistung im vorhandenen Drehrohrofen) und Verwertung mineralischer Stoffe in der Klinkerproduktion auf dem Betriebsgelände der Fa. Portlandzementwerk Wotan H. Schneider KG in der Gemarkung Ahütte, Flur 14, Flurstück 10/1, erteilt.

Die Genehmigung erfolgt, sofern im Folgenden nichts Gegenteiliges bestimmt ist, nach Maßgabe des Antrages sowie der ein- bzw. nachgereichten, geprüften und mit Stempel „KVD“ perforierten Unterlagen. Antrag und Unterlagen werden hiermit zum Bestandteil des Bescheides zur immissionsschutzrechtlichen Genehmigung erklärt und sind bei der Errichtung und dem Betrieb der Anlage im vollen Umfang zu beachten.

II. Antrag und Unterlagen

Der Genehmigung liegen folgende Antrags- und Planunterlagen zu Grunde:

-Formantrag vom 08.08.2022

- Antrag BlmSchG
- Formular 2: Unterlagen
- Anlage 1: Ansprechpersonen Anlage 2 - Betriebsbeschreibung
- Anlage 3: Fließbild
- Formular 4: Stoffe
- Formular 5.2: Betriebsablauf/Emissionsdaten (je Quellen)
- Formular 6.1: Verz. Emissionsquellen
- Formular 6.2: Verz. Treibhausquellen
- Formular 7: Verzeichnis lärmrelevante Aggregate
- Formular 11.1: Brandschutz + Anhang
- Anlage 4.1-4.3: Lagepläne
- Anlage 5: Larmgutachten
- Anlage 6: Qualitätssicherungskette
- Anlage 7: Probenahme Sekundärbrennstoff
- Anlage 8: Technischer Bericht -rohmaterialbedingte Entstehung
- Anlage 9: Stellungnahme INBUREX
- Anlage 10: Messtechnische Begleitung vdz
- Anlage 11: Stellungnahme -Abfall-Mitverbrennung Zementindustrie
- Anlage 12: Subcoal
- Anlage 13: BPG der Fa. Hündgen

- Anlage 15: BPG der Fa. Krampen
- Anlage 15: Produktdatenblätter Ofensteine

Nachtragsunterlagen vom 19.09.2022

- Nachtrag -BlmSchG-Antrag EBS
- Anlage 1 -Anlage 2 Anlagen Betriebsbeschreibung BlmSchG
- Anlage 2-Formular 3 -Anlagedaten, Reihenfolge nach Fließbild
- Anlage 3 -Formular 4 + Anlage – Gehandhabte Stoffe
- Anlage 4-Formular 6.2 – Verzeichnis der Treibhausquellen

Nachtragsunterlagen vom 31.10.2022

- Nr. 1 – Beschreibung der Funktionsweise-sicherstellen 25 % GFWL
- Formular 2 – Verzeichnis der Unterlagen
- Formular 5.2 – Betriebsablauf/Emissionsdaten
- Anhang zu Formular 5.2 – Ausnahmen + Grenzwerte

Nachtragsunterlagen vom 02.12.2022

- Änderungen in Dokument Anlage zu Formular 5.2

III. Nebenbestimmungen:

Zur Sicherstellung der Genehmigungsvoraussetzungen des § 6 BlmSchG ergeht die Änderungsgenehmigung gemäß § 12 BlmSchG nach Maßgabe der nachfolgend aufgeführten Nebenbestimmungen:

Verzeichnis der Nebenbestimmungen

III.1. Wasser-, abfall- und bodenschutzrechtliche Nebenbestimmungen

III.2 Immissions- und arbeitsschutzrechtliche Nebenbestimmungen

III.1. Stellungnahme der Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft und Bodenschutz (WAB) Trier

Lage

Ein Wasserschutzgebiet, Heilquellenschutzgebiet oder Überschwemmungsgebiet sind nicht betroffen.

Für den Bereich des Vorhabens sind keine bodenschutzrelevanten Flächen (Verdachtsflächen, Altlasten, altlastverdächtige Flächen) registriert.

Fachliche Anmerkungen

Die zur Abfall-Mitverbrennung vorgesehenen festen Gemische gelten gemäß § 3 Absatz 2 Nr. 8 AwSV als allgemein wassergefährdend (awg) und unterliegen unter anderem den Anforderungen der AwSV.

Maßnahmen zur Rückhaltung im Brandfall halten wir aufgrund der vorgesehenen Lagermenge von bis zu 5 t in Big Bags sowie bei Anlieferung einem LKW-Container (max. 90 m³ bzw. 50 t) für nicht erforderlich.

Aus abfallrechtlicher Sicht bestehen gegen die Mitverbrennung der genannten Abfallarten keine Bedenken. Auf Grund der in den Antragsunterlagen dargestellten vorhandenen technischen Anlagen und den betrieblichen Maßnahmen, insbesondere Beschränkung auf ausgewählte Abfallarten, Qualitätssicherungsmaßnahmen und Kontrollen sowie der entsprechenden Nebenbestimmungen sind aus abfallrechtlicher Sicht bezüglich der beantragte Änderung keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf die in § 1 a der 9. BImSchV genannten Schutzgüter zu erwarten.

Dem beantragten Verzicht auf die öffentliche Bekanntmachung des Vorhabens sowie der Auslegung des Antrags und der Unterlagen kann zugestimmt werden. Die Durchführung einer UVP halten wir für nicht erforderlich.

Anforderungen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und zum Abfallrecht

I. Hinweise

Mit dieser Änderungsgenehmigung wird der Firma Portlandzementwerk Wotan H. Schneider KG eine Versuchsgenehmigung für die bereits bestehende EBS-Anlage erteilt. Bei dieser Anlage handelt es sich um eine bestehende Nebenanlage der bestehenden Drehrohrofenanlage zur Klinkerproduktion. Die Firma Portlandzementwerk Wotan H. Schneider KG hat in dieser Anlage bereits in den Jahren 2003 – 2014 Brennstoffe mit Biomasseanteilen eingesetzt.

1. Das Grundstück liegt in der Erdbebenzone 0.
2. Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen müssen dicht, standsicher und gegenüber den zu erwartenden *mechanischen, thermischen und chemischen Einflüssen* hinreichend widerstandsfähig sein (§ 17 Absatz 2 AwSV). Die Anlagen dürfen nur entsprechend den allgemein anerkannten Regeln der Technik beschaffen sein sowie errichtet, unterhalten, betrieben und stillgelegt werden (§ 62 Absatz 2 WHG). Dazu zählen insbesondere die in § 15 AwSV genannten Regeln, unter anderem die im DWA-Regelwerk als Arbeitsblätter veröffentlichten technischen Regeln wassergefährdender Stoffe (TRWS).

II.: Betriebliche Anforderungen

3. Für die Anlage(n) zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen ist eine Anlagendokumentation gemäß § 43 AwSV zu führen (d. h. zu erstellen und aktuell zu halten), in der die wesentlichen Informationen über die Anlage(n) enthalten sind¹. Die Dokumentation ist bei einem Wechsel des Betreibers an den neuen Betreiber zu übergeben.
4. Das ausgefüllte Merkblatt zu Betriebs- und Verhaltensvorschriften beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen nach Anlage 4 AwSV ist an gut sichtbarer Stelle in der Nähe der Feststoffdosieranlage dauerhaft anzubringen (§ 44 Absatz 4 AwSV).

III.: Brandschutz

5. Sofern Teile der Anlage(n) zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen nicht einer Brandeinwirkung von 30 Minuten Dauer widerstehen, ohne undicht zu werden, sind geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um eine Brandübertragung aus der Nachbarschaft oder eine Entstehung von Bränden in der Anlage selbst zu verhindern. Geeignete Maßnahmen sind solche nach TRwS 779 Abschnitt 8.1 Absatz 3.

IV. Überwachungspflichten

Die Dichtheit von Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und die Funktionsfähigkeit deren Sicherheitseinrichtungen sind regelmäßig zu kontrollieren (§ 46 Absatz 1 AwSV). Festgestellte Mängel sind zeitnah zu beseitigen.

V. Feststoffdosieranlage

7. Es darf immer nur ein LKW-Container entladen werden.

8. Es dürfen maximal 5 t Sekundärbrennstoff in Big Bags gelagert werden.

VI. Positivliste der zugelassenen energetisch verwertbaren Abfallarten

9. Für den Einsatz Sekundärbrennstoffe werden folgende Abfallarten zugelassen:

Abfallschlüssel 19 12 10 - brennbare Abfälle (Brennstoffe aus Abfällen), > Holzabfälle
Abfallschlüssel Bezeichnung Altholzkategorie*

02 01 07	Abfälle aus der Forstwirtschaft	-----
03 01 01	Rinden und Korkabfälle	-----
03 01 05	Sagemehl, Späne, Abschnitte, Holz, Spanplatten und Furniere mit Ausnahme derjenigen, die unter 03 01 04* fallen	A I, A II

03 03 01	Rinden und Holzabfälle	-----
17 02 01	Holz	A I, A II
19 12 07	Holz mit Ausnahme desjenigen, das unter 19 12 06* fällt	-----
20 01 38	Holz mit Ausnahme desjenigen, das unter 20 01 37* fällt	A I, A II, A III

*Zuordnung im Regelfall gemäß Altholzverordnung

10. In den aufbereitenden Gemischen dürfen nur Abfälle mit folgenden Abfallschlüsseln und Bezeichnungen enthalten sein: Gruppe I: Holz, Papier, Pappe, Kartonage

02 01 03 Abfälle aus pflanzlichem Gewebe

02 01 07 Abfälle aus der Forstwirtschaft

03 01 01 Rinden und Korkabfälle

- 03 01 05 Sägemehl, Späne, Abschnitte, Holz, Spanplatten und Furniere mit Ausnahme derjenigen, die unter 03 01 04* fallen
- 03 03 01 Rinden und Holzabfälle
- 03 03 02 Sulfitschlämme (aus der Rückgewinnung von Kochlaugen)
- 03 03 07 mechanisch abgetrennte Abfälle aus der Auflösung von Papier- und Pappabfällen
- 03 03 08 Abfälle aus dem Sortieren von Papier und Pappe für das Recycling 03 03 10 Faserabfälle, Faser-, Füller- und Überzugsschlämme aus der mechanischen Abtrennung
- 15 01 01 Verpackungen aus Papier und Pappe
- 15 01 03 Verpackungen aus Holz
- 17 02 01 Holz
- 19 12 01 Papier und Pappe
- 19 12 07 Holz mit Ausnahme desjenigen, das unter 19 12 06* fällt
- 20 01 01 Papier und Pappe/Karton
- 20 01 38 Holz mit Ausnahme desjenigen, das unter 20 01 37* fällt

Gruppe II: Textilien, Fasern

- 04 02 09 Abfälle aus Verbundmaterialien (imprägnierte Textilien, Elastomer, Plastomer)
- 04 02 10 organische Stoffe aus Naturstoffen (z.B. Fette, Wachse)
- 04 02 15 Abfälle aus dem Finish mit Ausnahme derjenigen, die unter 04 02 14* fallen
- 04 02 21 Abfälle aus unbehandelten Textilfasern
- 04 02 22 Abfälle aus verarbeiteten Textilfasern
- 15 01 09 Verpackungen aus Textilien
- 19 12 08 Textilien
- 20 01 10 Bekleidung
- 20 01 11 Textilien

Gruppe III: Kunststoffe

- 02 01 04 Kunststoffabfälle (ohne Verpackungen)
- 07 02 13 Kunststoffabfälle
- 08 03 18 Tonerabfälle mit Ausnahme derjenigen, die unter 08 03 17* fallen
- 12 01 05 Kunststoffspäne und -drehspäne
- 15 01 02 Verpackungen aus Kunststoff
- 15 01 05 Verbundverpackungen
- 15 01 06 gemischte Verpackungen
- 16 01 19 Kunststoffe
- 17 02 03 Kunststoff
- 17 06 04 Dämmmaterial mit Ausnahme desjenigen, das unter 17 06 01* und 17 06 03* fällt
- 19 12 04 Kunststoff und Gummi
- 20 01 39 Kunststoffe

Gruppe IV: sonstige Stoffe

- 08 02 01 Abfälle von Beschichtungspulver
- 09 01 07 Filme und fotografische Papiere, die Silber oder Silberverbindungen enthalten

09 01 08 Filme und fotografische Papiere, die kein Silber und keine Silberverbindungen enthalten

VII. Anforderungen an Ersatzbrennstoffe (Richtwerte, Nachweise, Analysen)

11. Zulässiger Gehalt an Inhaltsstoffen / Schwermetallen

Parameter	Praxiswert (mg/kg TS)	(mg/MJ)	Maximalwert (mg/kg TS)
Cadmium	4	0,2	9
Quecksilber	0,6	0,03	1,2
Thallium	1	0,05	2
Arsen	5	0,25	13
Kobalt	6	0,30	12
Nickel	50	2,5	100
Antimon	50	2,5	120
Blei	130	6,5	300
Chrom	85	4,25	185
Kupfer	235*	11,75*	500*
Mangan	150	7,5	300
Vanadium	10	0,5	25
Zinn	30	1,5	70

*** Überschreitungen aufgrund von Inhomogenitäten sind im Einzelfall zulässig. Rückstellproben der betroffenen Chargen sind erneut zu analysieren.**

12. Die vorgenannten Schwermetallgehalte sind gültig ab einem Heizwert H_u von 20 MJ/kg TS für produktionsspezifische Abfälle. Bei Unterschreitungen dieser Heizwerte (bis > 11 MJ/kg) sind die genannten Werte entsprechend abzusenken.

13. Die als Ersatzbrennstoff eingesetzten Abfälle müssen die vorgenannten Maximalwerte einhalten und einen unteren Heizwert H_u von 11 MJ/kg aufweisen. Dies gilt auch für Einzelabfälle in aufbereiteten Ersatzmischungen. Dies hat der Aufbereiter durch entsprechende Analysen zu belegen. Weiterhin muss eine Bestätigung vorliegen, dass aufgrund der Herkunft der Abfälle nicht mit dem Vorhandensein polychlorierter Dibenzodioxine/-furane zu rechnen ist.

VIII. Abfallannahme/Deklarationsanalyse

14. Vor der Annahme des Abfalls in der Abfall-Mitverbrennungsanlage ist vom Betreiber die Masse einer jeden Abfallart gemäß der Abfallverzeichnis-Verordnung zu bestimmen.

15. Die Ersatzbrennstoffe dürfen nur angenommen werden, wenn für jede angelieferte Charge Deklarationsanalysen vom Abfallaufbereiter vorgelegt werden. Die Deklarationsanalysen müssen folgende Angaben und Parameter enthalten:

- Heizwert
- Schwermetalle gemäß vorstehender Aufstellung
- Schwefel
- Chlor gesamt
- Fluor gesamt
- Polychlorierte Biphenyle (PCB)
- Pentachlorphenol (PCP)

sowie für die Ersatzstoffmischung die enthaltenen Einzelabfälle (Abfallschlüssel) deren Herkunft und deren Anteil an der Gesamtmischung.

16. Ändert sich bei weiteren Anlieferungen die Zusammensetzung nicht, ist eine Bestätigung des Aufbereiters, dass der Ersatzbrennstoff der vorliegenden Deklarationsanalyse entspricht, ausreichend.

17. Anhand der Angaben der Deklarationsanalyse und der Begleitpapiere ist unmittelbar bei der Anlieferung eine Identitätskontrolle durchzuführen.

18. Durch Sichtkontrollen und Sortierung nach § 5 Altholzverordnung ist sicherzustellen, dass nur zugelassene Altholzkategorien angenommen werden.

19. Bei der Annahme ist eine Kontrolle von Altholz zur energetischen Verwertung gemäß § 7 Altholzverordnung (AltholzV) durchzuführen. Dazu sind Chargen von vorgebrochenem Altholz von jeweils nicht mehr als 500 Tonnen auf dessen ordnungsgemäße Zuordnung zu den Altholzkategorien gemäß Anhang V AltholzV zu untersuchen.

IX. Probenahme/Rückstellproben und Analysen

20. Von den angelieferten Ersatzbrennstoffmischungen (AVV 19 12 10 und Holzgemische) sind einmal pro Woche eine 10 Liter-Sammelprobe bestehend aus 3 Einzelprobenahmen aus dem Anlieferungsbereich zu nehmen und zusammenzustellen. Herkunft, Art und Lieferdatum des Ersatzbrennstoffes müssen aus der Beschriftung eindeutig hervorgehen

21. Aus 8 Wochen-Sammelproben nach Nr. 20 ist eine 10 Liter-Zweimonats-Sammelprobe durch homogenisieren und definierte Probenteilung herzustellen und entsprechend zu beschriften.

Zudem sind Rückstellproben zu erstellen und für die Dauer eines halben Jahres aufzubewahren.

Die Zweimonats-Sammelproben sind jeweils in einem externen Labor auf die Parameter der Deklarationsanalyse untersuchen zu lassen.

22. Bei Überschreiten der zulässigen Maximalwerte sind die Genehmigungsbehörde und die SGD Nord unverzüglich zu informieren.

23. geben die Untersuchungen Anreicherungen von Schadstoffen, insbesondere Schwermetallen im Produkt, so ist dies unverzüglich der Genehmigungsbehörde zu melden.

X. Dokumentation

24. Der Betreiber hat ein Betriebstagebuch zu führen, in dem alle wesentlichen Daten enthalten sein müssen, insbesondere

- Belege über die angelieferten Ersatzbrennstoffe (Art, Menge, etc.);
- Angaben gemäß § 12 Altholzverordnung
- Analysenergebnisse;
- Besondere Vorkommnisse, Betriebsstörungen, einschl. möglicher Ursachen und erfolgter Abhilfemaßnahmen;
- Dokumentation der Eigenüberwachung der Anlage

25. Das Betriebstagebuch ist von der verantwortlichen Person regelmäßig zu überprüfen und abzuzeichnen. Das Betriebstagebuch ist für die jederzeitige Einsichtnahme durch die Überwachungsbehörden bereitzuhalten. Besondere Vorkommnisse sind unverzüglich zu melden.

Stellungnahme der Regionalstelle Gewerbeaufsicht Trier

1. Der mit den Sekundärbrennstoffen dem Drehrohrofen zugeführte Energieanteil darf zu keiner Zeit 25 % der insgesamt zugeführten Wärmeenergie überschreiten. Hierzu ist die jeweilige Aufgabemenge unter Berücksichtigung des Heizwertes zu begrenzen, zu überwachen und zu registrieren.

2. Die im Abgas des Zementdrehrohrofens enthaltenen Emissionen der nachstehend genannten Stoffe dürfen beim Betrieb der SCR-Anlage (selektive katalytische Reduktion) folgende Massenkonzentrationen im Normzustand (273,15 K; 101,3 kPa) nach Abzug des Feuchtegehaltes an Wasserdampf nicht überschreiten:

Tages- und Halbstundenmittelwerte:

a) Gesamtstaub

- sämtliche Tagesmittelwerte 10 mg/m³
- sämtliche Halbstundenmittelwerte 30 mg/m³

b) Stickstoffmonoxid und Stickstoffdioxid, angegeben als Stickstoffdioxid

- sämtliche Tagesmittelwerte 200 mg/m³

c) Ammoniak

- sämtliche Tagesmittelwerte 30 mg/m³

d) gasformige anorganische Chlorverbindungen, angegeben als Chlorwasserstoff

- sämtliche Tagesmittelwerte 10 mg/m³
- sämtliche Halbstundenmittelwerte 60 mg/m³

e) gasförmige anorganische Fluorverbindungen, angegeben als Fluorwasserstoff

- sämtliche Tagesmittelwerte 1 mg/m³

- sämtliche Halbstundenmittelwerte 4 mg/m³

h) Quecksilber und seine Verbindungen, angegeben als Quecksilber

- sämtliche Tagesmittelwerte 0,03 mg/m³

- sämtliche Halbstundenmittelwerte 0,05 mg/m³

i) Benzol* 3 mg/m³

* anzustreben ist eine Massenkonzentration für Benzol von 0,5 mg/m³. Die Möglichkeiten, die Emissionen an Benzol aus dem Abgas in Anlagen durch feuerungstechnische oder andere dem Stand der Technik entsprechende Maßnahmen weiter zu vermindern, sind auszuschöpfen.

Ausnahme 1:

Auf Antrag des Betreibers werden aufgrund § 24 Abs. 1 i. V. m. der Anlage 3 Nr. 2.1.2 und 2.4.2 der Siebzehnten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über die Verbrennung und die Mitverbrennung von Abfällen - 17. BImSchV) vom 02.05.2013 abweichend von den Bestimmungen der 17. BImSchV für nachstehend genannte Stoffe folgende Emissionsbegrenzungen festgelegt:

Tagesmittelwerte:

- | | |
|---------------------------------------|----------------------|
| - Schwefeldioxid und Schwefeltrioxid, | |
| - angegeben als Schwefeldioxid or- | 450 |
| - ganische Stoffe, | mg/m ³ |
| angegeben als Gesamtkohlenstoff | |
| Kohlenmonoxid | 100 |
| | mg/m ³ |
| | 1,5 g/m ³ |

Halbstundenmittelwert:

Schwefeldioxid und Schwefeltrioxid, angegeben als Schwefeldioxid
600 mg/m³

Die betriebsbedingten Ausfallzeiten der SCR-Anlage dürfen maximal 5 Prozent der jährlichen Ofenlaufzeit des Zementdrehrohrofens betragen. Während der Ausfallzeit der SCR-Anlage muss zur Reduktion der Stickstoffemissionen die vorhandene selektive nichtkatalytische Reduktion (SNCR-Anlage) betrieben werden.

Beim Betrieb der SNCR-Anlage sind die Emissionsbegrenzungen der Nr. 2 einzuhalten.

Ausnahme 2:

Auf Antrag des Betreibers werden beim Betrieb der SNCR-Anlage aufgrund § 24 Abs. 1 i. V. m. der Anlage 3 Nr. 2.1.2 und 2.4.2 der Siebzehnten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über die Verbrennung und die Mitverbrennung von Abfällen - 17. BImSchV) vom 02.05.2013 abweichend von den

Bestimmungen der 17. BImSchV für nachstehend genannte Stoffe folgende Emissionsbegrenzungen festgelegt:

Tagesmittelwerte:

- Ammoniak	150 mg/m ³
- Stickstoffmonoxid und Stickstoffdioxid, angegeben als Stickstoffdioxid	0,45 g/m ³
-organische Stoffe, angegeben als Gesamtkohlenstoff	100 /m ³
-Schwefeldioxid und Schwefeltrioxid, angegeben als Schwefeldioxid	450 mg/m ³

Halbstundenmittelwert:

- Schwefeldioxid und Schwefeltrioxid, angegeben als Schwefeldioxid	600 mg/m ³
---	-----------------------

3. Insgesamt dürfen die im Abgas des Zementdrehrohrofens enthaltenen Emissionen der nachstehend genannten Stoffe folgende Massenkonzentrationen im Normzustand (273,15 K; 101,3 kPa) nach Abzug des Feuchtegehaltes an Wasserdampf als Jahresmittelwerte nicht überschreiten:

Jahresmittelwerte:

- Stickstoffmonoxid und Stickstoffdioxid, 200 mg/m ³	angegeben als Stickstoffdioxid
- Ammoniak	30 mg/m ³
- Schwefeldioxid und Schwefeltrioxid, angegeben als Schwefeldioxid	150 mg/m ³
- organische Stoffe, angegeben als Gesamtkohlenstoff	30 mg m ³
Kohlenmonoxid	1 g/m ³

Alle unter der Nr. 2 und 3 aufgeführten Emissionswerte beziehen sich auf den Normzustand (273 K, 1013 hPa) nach Abzug des Feuchtegehaltes an Wasserdampf und auf einen festen Bezugssauerstoffgehalt von 10 Prozent.

Die Emissionsbegrenzung für Chlorwasserstoff, Fluorwasserstoff, Quecksilber und Benzol gilt als eingehalten, wenn:

- sämtliche Tagesmittelwerte die festgelegte Massenkonzentration nicht überschreiten und
- sämtliche Halbstundenmittelwerte das 2-fache der festgelegten Massenkonzentration nicht überschreiten.

Die Emissionsbegrenzung für Staub gilt als eingehalten, wenn:

b) sämtliche Halbstundenmittelwerte das 2-fache der festgelegten Massenkonzentration nicht überschreiten.

Die Emissionsbegrenzung für Staub gilt als eingehalten, wenn:

- a) sämtliche Tagesmittelwerte die festgelegte Massenkonzentration nicht überschreiten und
- b) sämtliche Halbstundenmittelwerte das 3-fache der festgelegten Massenkonzentration nicht überschreiten.

Die Emissionsbegrenzung für Stickstoffdioxid, Ammoniak, Schwefeldioxid, Gesamtkohlenstoff und Kohlenmonoxid gilt als eingehalten, wenn:

- a) sämtliche Tagesmittelwerte die festgelegte Massenkonzentration nicht überschreiten und
- b) sämtliche Jahresmittelwerte die festgelegte Massenkonzentration nicht überschreiten.

4. Beim Betrieb des Zementdrehrohrofens dürfen die Emissionen nachstehend genannter Stoffe keine der jeweils festgelegten Massenkonzentrationen im Normzustand (0 °C, 1013 mbar) nach Abzug des Feuchtegehaltes an Wasserdampf überschreiten.

a) Cadmium und seine Verbindungen angegeben als Cd,
Thallium und seine Verbindungen angegeben als Tl
jeweils als Mittelwert der über die
jeweilige Probenahmezeit gebildet ist insgesamt 0,05 mg/m³

b) Antimon und seine Verbindungen angegeben als Sb,
Arsen und seine Verbindungen angegeben als As, Blei und seine Verbindungen angegeben als Pb,
Chrom und seine Verbindungen angegeben als Cr,
Cobalt und seine Verbindungen angegeben als Co,
Kupfer und seine Verbindungen angegeben als Cu,
Mangan und seine Verbindungen angegeben als Mn,
Nickel und seine Verbindungen angegeben als Ni,
Vanadium und seine Verbindungen angegeben als V,

Zinn und seine Verbindungen angegeben als Sn
jeweils als Mittelwert der über die
jeweilige Probenahmezeit gebildet ist insgesamt 0,5 mg/m³

c) Arsen und seine Verbindungen (außer Arsenwasserstoff), angegeben als As
Benzo(a)pyren
Cadmium und seine Verbindungen angegeben als Cd
wasserlösliche Cobaltverbindungen angegeben als Co Chrom (VI) Verbindungen
(außer Bariumchromat und Bleichromat), angegeben als Cr insgesamt 0,05 mg/m³

d) Formaldehyd 5 mg/m³

- e) Dioxine, Furane und PCB als Summenwert nach Anlage 1 der 17. BImSchV als Mittelwert der über die jeweilige Probeentnahmezeit gebildet ist $0,1 \text{ ng/m}^3$

Alle unter der Nr. 3 aufgeführten Emissionsgrenzwerte beziehen sich auf den Normzustand (273 K, 1013 hPa) nach Abzug des Feuchtegehalts an Wasserdampf und auf einen festen Bezugssauerstoffgehalt von 10 Prozent.

5. Die Massenkonzentration an

- Stickstoffoxiden
- Schwefeloxiden
- Staub
- Kohlenmonoxid
- Gesamtkohlenstoff - Ammoniak

im Abgas des Zementdrehrohrofens sind durch kontinuierlich messende Geräte feststellen zu lassen.

Überschreitungen sind gesondert auszuweisen und der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Regionalstelle Gewerbeaufsicht Trier unverzüglich mitzuteilen.

Ebenso sind kontinuierlich zu ermitteln

- der Volumengehalt an Sauerstoff im Abgas
- die zur Beurteilung des ordnungsgemäßen Betriebes erforderlichen Betriebsgrößen, insbesondere Abgastemperatur, Abgasvolumen und Abgasfeuchte.

Für die kontinuierliche Messung sind geeignete Messeinrichtungen einzusetzen, welche die zu überwachenden Massenkonzentrationen kontinuierlich ermitteln, registrieren und auswerten.

Über die Ergebnisse der Messungen sind Messberichte zu erstellen und innerhalb von 3 Monaten nach Ablauf eines jeden Kalenderjahres hier vorzulegen. Die Messergebnisse sind beim Betreiber 5 Jahre lang aufzubewahren.

Bei den kontinuierlichen Messungen ist für jede aufeinanderfolgende halbe Stunde der Halbstundenmittelwert zu bilden. Die Halbstundenmittelwerte sind auf die Bezugsgrößen umzurechnen und mit den dazugehörigen Statussignalen zu speichern. Die Auswertung ist durch geeignete Emissionsrechner, deren Einbau und Parametrierung von einer bekannt gegebenen Stelle überprüft wurde, vorzunehmen. Aus den Halbstundenmittelwerten ist für jeden Kalendertag der Tagesmittelwert, bezogen auf die tägliche Betriebszeit, zu bilden. Die Tagesmittelwerte sind als Häufigkeitsverteilung zu speichern.

6. Kontinuierliche Messeinrichtungen sind durch eine von der obersten Landesbehörde für die Kalibrierung bekannt gegebene Stelle kalibrieren und jährlich einmal auf Funktionsfähigkeit überprüfen zu lassen. Die Kalibrierung ist nach jeder wesentlichen Änderung, im Übrigen im Abstand von 3 Jahren zu wiederholen. Die Berichte über das

Ergebnis der Kalibrierung und der Prüfung der Funktionsfähigkeit sind der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Regionalstelle Gewerbeaufsicht Trier innerhalb von 8 Wochen vorzulegen.

Die Funktionsüberprüfung der Einrichtungen zur kontinuierlichen Feststellung der Emissionen ist jährlich zu wiederholen.

Der Betreiber ist verpflichtet, für eine regelmäßige Wartung und Prüfung der Funktionsfähigkeit zu sorgen, erforderlichenfalls ist hierfür ein Wartungsvertrag mit dem Hersteller der Geräte abzuschließen.

Ausnahme 3:

7. Auf Antrag des Betreibers wird aufgrund § 16 Abs. 6 und 8 der 17. BImSchV zugelassen, auf die Durchführung kontinuierlicher Messungen von Quecksilber und seinen Verbindungen, Chlorwasserstoff und Fluorwasserstoff zu verzichten.

8. Über die Auswertung der kontinuierlichen Messungen ist jährlich ein Messbericht zu erstellen und jeweils bis spätestens März des Folgejahres der Struktur- und Genehmigungsdirektion, Regionalstelle Gewerbeaufsicht Trier vorzulegen. Die Aufzeichnungen der Messeinrichtungen sind mindestens 5 Jahre aufzubewahren.

9. Im Genehmigungsantrag wird von der vdz Service GmbH, Düsseldorf mit Schreiben vom 12.04.2022 die messtechnische Begleitung dargestellt. Der dort in Nr. 2.3.1 geschilderte Messumfang ist durchzuführen.

Einzelmessungen sind im Zeitraum von 12 Monaten nach Inbetriebnahme alle zwei Monate mindestens an einem Tag und anschließend wiederkehrend jährlich durchzuführen, sofern der Maximalwert der periodischen Messungen mit einem Vertrauensniveau von 50 Prozent nach der Richtlinie VDI 2448 Blatt 2, Ausgabe Juli 1997, den jeweiligen Emissionsgrenzwert nicht überschreitet.

Über die Ergebnisse der Einzelmessungen sind Messberichte zu erstellen und der Struktur- und Genehmigungsdirektion, Regionalstelle Gewerbeaufsicht Trier spätestens acht Wochen nach den Messungen vorzulegen. Die Messberichte müssen Angaben über die Messplanung, das Ergebnis jeder Einzelmessung, das verwendete Messverfahren und die Betriebsbedingungen, die für die Beurteilung der Messergebnisse von Bedeutung sind, enthalten.

10. Mit den Messungen dürfen nur nach § 29b BImSchG bekannt gegebene Stellen beauftragt werden. Die bekanntgegebenen Messstellen können unter „www.resymesa.de“ eingesehen werden.

Gemeinsam mit der beauftragten Messstelle sind geeignete Messpunkte und unfallsichere Messplätze, einschließlich der Zugänge, festzulegen und einzurichten. Die Messstelle ist aufzufordern, den Bericht gleichzeitig mit der Versendung an den Auftraggeber der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Regionalstelle Gewerbeaufsicht Trier unmittelbar zu übersenden. Soweit der Bericht in elektronischer Form vorliegt, wird um Übersendung als PDF-Datei an die E-Mail-Adresse poststelle@sgdnord.rlp.de gebeten. Die Ermittlungen der Emissionen luftfremder Stoffe sind grundsätzlich bei den für den Auswurf ungünstigsten Verhältnissen der Anlage (z. B. höchste Dauerleistung) durchzuführen. Zwingen schwerwiegende betriebliche Umstände dazu, die Feststellungen unter

anderen Bedingungen durchzuführen, sind die Verhältnisse bei höchster Dauerleistung und ungünstigsten Bedingungen abzuschätzen.

11. Die Anlage ist so zu errichten und zu betreiben, dass für die Verbrennungsgase, die beim Einsatz der Sekundärbrennstoffe entstehen, eine Mindesttemperatur von 850 Grad Celsius eingehalten wird. Sofern Sekundärbrennstoffe mit einem Halogengehalt aus halogenorganischen Stoffen von mehr als 1 Prozent des Gewichts, berechnet als Chlor, eingesetzt werden, muss eine Mindesttemperatur von 1100 Grad Celsius eingehalten werden.

Die Mindesttemperatur muss auch unter ungünstigsten Bedingungen für eine Verweilzeit von mindestens zwei Sekunden eingehalten werden.

Die Messung der Mindesttemperatur hat im Brennraum oder Nachverbrennungsraum zu erfolgen.

Die Einhaltung der Mindesttemperatur und der Mindestverweilzeit ist zumindest einmal bei Inbetriebnahme der Anlage nachzuweisen.

Begründung der Ausnahme 1 von vorgeschriebenen Emissionsgrenzwerten (Nebenbestimmung Nr. 2):

Mit vorliegendem Genehmigungsantrag beantragt der Betreiber entsprechend § 24 Abs. 1 der 17. BImSchV abweichend von den Bestimmungen der 17. BImSchV höhere Emissionsgrenzwerte für Schwefeldioxid, Gesamtkohlenstoff und Kohlenmonoxid.

Gemäß § 24 Abs. 1 der 17. BImSchV kann die zuständige Behörde auf Antrag des Betreibers Ausnahmen von vorgeschriebenen Emissionsgrenzwerten zulassen, soweit unter Berücksichtigung der besonderen Umstände des Einzelfalls die Anforderungen nicht oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand erfüllbar sind und im Übrigen die dem Stand der Technik entsprechenden Maßnahmen zur Emissionsbegrenzung angewandt werden.

Gemäß Anlage 3 Nummer 2.1 2 und 2.4.2 der 17. BImSchV kann die zuständige Behörde auf Antrag des Betreibers Ausnahmen vom vorgeschriebenen Emissionsgrenzwert für Schwefeldioxid, Gesamtkohlenstoff und Kohlenmonoxid zulassen, sofern diese auf Grund der Zusammensetzung der natürlichen Rohstoffe erforderlich sind.

Den Antragsunterlagen ist ein Gutachten des VDZ gGmbH – Forschungsinstitut der Zementindustrie zu *rohstoffbedingten Emissionen der Komponenten Schwefeldioxid, Gesamtkohlenstoff und Kohlenmonoxid* beigelegt. Aus dem technischen Bericht vom 03.09.2015 geht hervor, dass die Höhe der Emissionen an Schwefeldioxid, Gesamtkohlenstoff und Kohlenmonoxid überwiegend auf die Rohstoffgehalte zurückzuführen ist. Dem Antrag konnte somit stattgegeben werden.

Die Ausnahme erfolgt unter dem Vorbehalt des Widerrufs.

Begründung der Ausnahme 2 von vorgeschriebenen Emissionsgrenzwerten (Nebenbestimmung Nr. 2):

Mit vorliegendem Genehmigungsantrag beantragt der Betreiber entsprechend § 24 Abs. 1 der 17. BImSchV abweichend von den Bestimmungen der 17. BImSchV höhere Emissionsgrenzwerte für Schwefeldioxid, Gesamtkohlenstoff, Stickstoffdioxid und Ammoniak.

Gemäß § 24 Abs. 1 der 17. BImSchV kann die zuständige Behörde auf Antrag des Betreibers Ausnahmen von vorgeschriebenen Emissionsgrenzwerten zulassen, soweit unter Berücksichtigung der besonderen Umstände des Einzelfalls die Anforderungen nicht oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand erfüllbar sind und im Übrigen die dem Stand der Technik entsprechenden Maßnahmen zur Emissionsbegrenzung angewandt werden.

Gemäß Anlage 3 Nummer 2.1.2 und 2.4.2 der 17. BImSchV kann die zuständige Behörde auf Antrag des Betreibers Ausnahmen vom vorgeschriebenen Emissionsgrenzwert für Schwefeldioxid, Gesamtkohlenstoff und Ammoniak zulassen, sofern diese auf Grund der Zusammensetzung der natürlichen Rohstoffe erforderlich sind.

Den Antragsunterlagen ist ein Gutachten des VDZ gGmbH – Forschungsinstitut der Zementindustrie zu rohstoffbedingten Emissionen der Komponenten Schwefeldioxid, Gesamtkohlenstoff, Stickstoffdioxid und Ammoniak beigelegt. Aus dem technischen Bericht vom 03.09.2015 geht hervor, dass die Höhe der Emissionen an Schwefeldioxid, Gesamtkohlenstoff und Ammoniak überwiegend auf die Rohstoffgehalte zurückzuführen ist.

Beim Betrieb der SCR-Anlage kann die Emissionsbegrenzung von 200 mg/m³ für Stickstoffdioxid nicht eingehalten werden. Auf Grund der geringen Betriebszeit der SNCR-Anlage ist dies vertretbar.

Dem Antrag konnte somit stattgegeben werden.

Die Ausnahme erfolgt unter dem Vorbehalt des Widerrufs.

Begründung der Ausnahme 3 betreffend kontinuierlicher Messverpflichtungen (Nebestimmung Nr. 7):

Mit vorliegendem Genehmigungsantrag beantragt der Betreiber entsprechend § 16 Abs. 6 und 8 der 17. BImSchV abweichend von den Bestimmungen der 17. BImSchV auf die Durchführung kontinuierlicher Messungen von Quecksilber und seinen Verbindungen, Chlorwasserstoff und Fluorwasserstoff zu verzichten.

Gemäß § 16 Abs. 6 der 17. BImSchV kann die zuständige Behörde auf Antrag des Betreibers Einzelmessungen u. a. für Chlorwasserstoff und Fluorwasserstoff zulassen, wenn durch den Betreiber sichergestellt ist, dass die Emissionen dieser Schadstoffe nicht höher sind als die dafür festgelegten Emissionsbegrenzungen.

Aufgrund der in der Vergangenheit durchgeführten Emissionsmessungen, bei denen Emissionen an Chlorwasserstoff und Fluorwasserstoff festgestellt wurden, die jeweils die zulässigen Emissionsbegrenzungen deutlich unterschritten, kann von einer sicheren

Einhaltung der festgelegten Emissionsbegrenzungen für Chlorwasserstoff und Fluorwasserstoff ausgegangen werden.

Nach § 16 Abs. 8 der 17. BImSchV soll die zuständige Behörde auf Antrag des Betreibers auf die kontinuierliche Messung von Quecksilber und seinen Verbindungen verzichten, wenn zuverlässig nachgewiesen ist, dass die maßgeblichen Emissionsgrenzwerte für Quecksilber und seine Verbindungen nur zu weniger als 20 Prozent in Anspruch genommen werden.

Aufgrund der in der Vergangenheit erzielten Messergebnisse kann davon ausgegangen werden, dass die tatsächlichen Quecksilberemissionen weniger als 20 Prozent der maßgeblichen Emissionsgrenzwerte betragen.

Aus Gründen der Verhältnismäßigkeit kann somit dem Antrag stattgegeben werden und auf kontinuierliche Messungen von Quecksilber und seinen Verbindungen, Chlorwasserstoff und Fluorwasserstoff verzichtet werden.

Die Ausnahme erfolgt unter dem Vorbehalt des Widerrufs um sicherzustellen, dass bei Nichterfüllung der v. g. Ausnahmeveraussetzungen die Anlage mit kontinuierlichen Messseinrichtungen für die jeweiligen Luftschadstoffe nachgerüstet wird.

III: Hinweise des Landesamtes für Umwelt, Rheinland-Pfalz, Mainz

1. Die Betriebsordnung und das Betriebshandbuch sind fortzuschreiben und den betrieblichen Änderungen anzupassen. Diese sind der Kreisverwaltung Vulkaneifel vorzulegen.
2. Bei Anlieferung der Abfälle ist eine Eingangskontrolle durchzuführen. Diese umfasst eine Mengenermittlung, Feststellung des Abfallschlüssels und Sichtkontrolle. Bei der Sichtkontrolle ist insbesondere zu überprüfen, ob nur für die Anlage zugelassene Abfälle enthalten sind. Nicht zugelassene Abfälle sind zurückzuweisen, die Zurückweisung ist im Betriebstagebuch zu dokumentieren. Es ist eine genaue Arbeitsanweisung der Annahmekontrolle zu erstellen, in der Anlage jederzeit griffbereit vorzuhalten und regelmäßig auf dem neusten Stand zu halten.
3. Die Verwendung von Sekundärbrennstoffen im Produktionsprozess der Klinkerherstellung ist auf die beantragten Abfälle und auf einen max. 12-monatigen Versuchsbetrieb begrenzt.
4. Die Ergebnisse des Probetriebs sind der Kreisverwaltung Vulkaneifel und dem LfU, Referat. 32, zusammen mit einer Auswertung des Einsatzes der Abfälle bezüglich dessen Auswirkungen auf die Produkteigenschaften sowie dessen Schadstoffgehaltes insbesondere Schwermetalle zu übermitteln.

IV. Allgemeine Hinweise

1. Gemäß § 21 Abs. 2 der Verordnung über das Genehmigungsverfahren (9. BIm-

SchV) i. d. F. vom 29. Mai 1992, BGBl. I S. 1666, 1667, in der z. Zt. gültigen Fassung, wird darauf hingewiesen, dass der Änderungsgenehmigungsbescheid unbeschadet der behördlichen Entscheidungen ergeht, die nach § 13 des BImSchG nicht von der immissionschutzrechtlichen Änderungsgenehmigung eingeschlossen werden.

2. Die Genehmigung erlischt, wenn die Anlage während eines Zeitraums von mehr als drei Jahren nicht mehr betrieben worden ist (§ 18 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG). Die Genehmigung erlischt ferner, soweit das Genehmigungserfordernis aufgehoben wird (§ 18 Abs. 2 BImSchG). Unberührt davon bleiben jedoch die behördlichen Entscheidungen, die nach § 13 BImSchG von der immissionsschutzrechtlichen Änderungsgenehmigung eingeschlossen werden.

3. Nach § 15 Abs. 1 BImSchG ist der Betreiber verpflichtet, jede Änderung der Lage, der Beschaffenheit oder des Betriebs der genehmigungsbedürftigen Anlage, sofern eine Genehmigung nicht beantragt wird, mindestens einen Monat, bevor mit der Änderung begonnen werden soll, der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Regionalstelle Gewerbeaufsicht Trier, Deworastraße 8, 54290 Trier, schriftlich anzuzeigen, wenn sich die Änderung auf in § 1 BImSchG genannte Schutzgüter auswirken kann. In diesem Anzeigeverfahren wird geprüft, ob die Änderung einer Genehmigung nach dem BImSchG bedarf. Der Anzeige sind Unterlagen im Sinne des § 10 Abs. 1 Satz 2 BImSchG beizufügen, soweit diese für die Prüfung erforderlich sein können, ob das Vorhaben genehmigungsbedürftig ist.

4. Sobald der Betreiber beabsichtigt, den Betrieb der genehmigungsbedürftigen Anlage einzustellen, ist uns dies unter Angabe des Zeitpunktes der Einstellung unverzüglich anzuzeigen. Der Anzeige sind Unterlagen über die vom Betreiber vorgesehenen Maßnahmen zur Erfüllung der sich aus § 5 Abs. 3 BImSchG ergebenden Pflichten beizufügen (§ 15 Abs. 3 BImSchG).

5. Gemäß § 5 Abs. 3 BImSchG sind genehmigungsbedürftige Anlagen so zu errichten, zu betreiben und stillzulegen, dass auch nach einer Betriebseinstellung von der Anlage oder dem Anlagengrundstück keine schädlichen Umwelteinwirkungen und sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft hervorgerufen werden können, vorhandene Abfälle ordnungsgemäß und schadlos verwertet oder ohne Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit beseitigt werden und die Wiederherstellung eines ordnungsgemäßen Zustandes des Betriebsgelandes gewährleistet ist.

6. Die Änderungsgenehmigung wird unbeschadet etwaiger privater Rechte Dritter erteilt. Sie gewährt daher auch nicht das Recht, Gegenstände, die einem anderen gehören oder Grundstücke und Anlagen, die im Eigentum oder im Besitz eines anderen stehen, in Gebrauch zu nehmen. Die Antragstellerin hat sich erforderlichenfalls diese Berechtigung durch Vereinbarung zu beschaffen.

V. Begründung:

Mit Formantrag vom 08.08.2022, eingegangen am 15.08.2022, wurde die Änderungsge-
nehmigung für den Einsatz von Sekundärbrennstoffen (Ersatzbrennstoffen) mit nicht
mehr als 25 % Anteil an der Gesamtfeuerungswarmeleistung im vorhandenen Drehroh-
rofen (max. 12- monatiger Versuchszeitraum) und Verwertung mineralischer
Stoffe in der Klinkerproduktion auf dem Betriebsgelände in der Gemarkung Ahutte,
Flur 14, Flurstück 10/1, beantragt. Die Produktionskapazität der Anlage von 800 Tonnen
je Tag wird nicht verändert. Bauliche Veränderungen ergeben sich ebenfalls nicht.

Die Maßnahme stellt nach §§ 4, 16 BImSchG i. V. m. § 1 Abs. 1 und Ziffer 2. 3. 1., Verfah-
rensart G, des Anhangs zur 4. BImSchV eine wesentliche Änderung der genehmigungsbe-
dürftigen Anlage zur Herstellung von Zementklinker oder Zementen dar. Infolge der Be-
urteilung der wesentlichen Änderung nach Verfahrensart G des Anhangs zur 4. BImSchV
und dem damit verbundenen formlichen Verfahren hat der Antragsteller zusätzlich bean-
tragt, gemäß § 16 Abs. 2 BImSchG von der öffentlichen Bekanntmachung des Vorhabens
sowie der Auslegung des Antrages und der Unterlagen abzusehen, weil seines Erachtens
erhebliche nachteilige Auswirkungen auf in § 1 BImSchG genannte Schutzgüter nicht zu
besorgen seien.

Die geplante Änderung ist weiterhin ein Vorhaben im Sinne des § 2 Abs. 2 Nr. 2 a i.
V. m. Nr. 2.2.2 der Anlage 1 (Liste „UVP-pflichtige Vorhaben) zum Gesetz über die Um-
weltverträglichkeitsprüfung (UVPG) i. d. F. der Bekanntmachung der Neufassung des
UVPG vom 25. Juni 2005 (BGBl. I S. 1757 ff) in der z. Zt. gültigen Fassung, bei dem im Fall
der Neuerrichtung eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls vorgesehen ist. Die gemäß
§ 1 Abs. 2, 3 der 9. BImSchV im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Änderungsge-
nehmigungsverfahrens erfolgte Vorprüfung des Einzelfalls nach § 3 c UVPG hat ergeben,
dass die Änderung keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben kann. Die
öffentliche Bekanntgabe nach § 3 a Satz 2 UVPG ist erfolgt.

Gemäß § 10 V BImSchG und § 11 der 9. Verordnung zur Durchführung des Bundesimis-
sionsschutzgesetzes (Verordnung über das Genehmigungsverfahren – 9. BImSchV) i. d. F.
vom 29. Mai 1992, BGBl. I S. 1001 ff, in der z. Zt. gültigen Fassung, wurden die Stellung-
nahmen der Behörden eingeholt, deren Aufgabenbereich durch das Vorhaben berührt
wird, insbesondere der SGD Nord, Regionalstellen Gewerbeaufsicht und Wasserwirt-
schaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz, Trier. Und des Landesamtes für Umwelt, Mainz.

Die beantragten und begründeten Ausnahmen von Vorschriften der 17. BImSchV konn-
ten auf der Grundlage der fachtechnischen Stellungnahmen gemäß § 19 Abs. 1 der 17.
BImSchV zugelassen werden.

Aufgrund des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes sind Abfälle zu verwerten. Laut
dem EUGH-Urteil vom 13.02.2003 zur belgischen Zementindustrie (C-228/00) und zur
Hausmüllverbrennung (C-458/00) ist der Einsatz von Abfällen in einem Zementwerk eine
energetische Verwertung, weil hier Primärbrennstoffe eingespart werden. Durch den
Einsatz der Sekundärbrennstoffe dürfen weder die Qualität des Produktes noch die
Schutzgüter nachteilig verändert werden.

Mit dem im Antrag enthaltenen Antragsunterlagen wurde nachgewiesen, dass die entsprechenden Richtwerte einhaltbar sind.

Aufbereitetes Holz ist unter dem Abfallschlüssel 19 12 07 eingestuft. Die Abfallschlüssel 17 02 04 (Holz aus Bauabfällen) und 20 03 07 (Sperrmüll) können im Abfallschlüssel 19 12 07 enthalten sein und dürfen nur nach Aufbereitung angenommen werden. Bei der Annahme, Lagerung und energetischen Verwertung von Holzabfällen sind die Anforderungen der Altholzverordnung vom 15. August 2002, BGBl. I S. 3302 ff, zu beachten.

Die Untere Bauaufsichtsbehörde, sowie der Ortsgemeinde Uxheim, haben keine Bedenken geäußert.

Das Gesundheitsamt trägt keine Bedenken gegen das auf 12 Monate befristete Vorhaben vor, sofern das Vorhaben entsprechend der Unterlagen ausgeführt wird und gewährleistet ist, dass bei der Durchführung der Maßnahme die zulässigen Grenzwerte der TA Luft und der TA Lärm dauerhaft eingehalten werden.

Die Untere Naturschutzbehörde teilt mit, da keine baulichen Veränderungen vorgenommen werden, liegt kein klassischer Eingriff in Sinne des bundes- und landesrechtlichen Naturschutzrechts vor. Beeinträchtigungen von Natur- und Landschaft, die sich erheblich auf das Landschaftsbild oder Flora und Fauna auswirken können, werden nicht vermutet, wenn die anerkannten Regeln / Stand der Technik eingehalten werden.

Aus der Prüfung des Antrags und der Unterlagen sowie den Fachstellungnahmen der Verfahrensbeteiligten hat sich ergeben, dass die Genehmigungsvoraussetzungen gegeben sind, sofern die Anlage entsprechend dem Antrag und den Unterlagen unter Beachtung der festgesetzten Nebenbestimmungen errichtet und betrieben wird. Nach § 6 BImSchG war die Änderungsgenehmigung somit zu erteilen. Es ist sichergestellt, dass die Pflichten nach § 6 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG erfüllt werden und entsprechend § 6 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG andere öffentlich-rechtliche Vorschriften und Belange des Arbeitsschutzes der Errichtung und dem Betrieb der Anlage nicht entgegenstehen.

Die Zulässigkeit der Nebenbestimmungen ergibt sich aus § 12 BImSchG. Die Nebenbestimmungen sind unter dem Grundsatz der Geeignetheit, Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Ausübung pflichtgemäßen Ermessens ergangen, um die Erfüllung der in § 6 BImSchG genannten Genehmigungsvoraussetzungen sicherzustellen.

Die Änderungsgenehmigung ergeht auf Grund der Tatsache, dass es sich um ein Vorhaben handelt, welches in Ziffer 2. 3. 1., Verfahrensart G, des Anhangs zur 4.

BImSchV aufgeführt ist, zwar nach wie vor im förmlichen Verfahren, allerdings in Abstimmung mit den Fachbehörden gemäß § 16 II BImSchG und entsprechend dem Ergebnis der Vorprüfung nach dem UVPG unter dem Verzicht auf die öffentliche Bekanntmachung des Vorhabens und die entsprechende Auslegung des Antrags und der Unterlagen. Auch in diesem Zusammenhang sind die Nebenbestimmungen Grundlage für den Verzicht auf die Veröffentlichung des Vorhabens nach der Bestimmung des § 16 Abs. 2 BImSchG sowie für das Ergebnis der Vorprüfung nach UVPG.

102 ff, jeweils in den z. Zt. gültigen Fassungen.

Die Zuständigkeit für die Zulassung von Ausnahmen nach § 19 Abs. 1 der 17. BImSchV ergibt sich aus Ziffer 3.12.28 i. V. m. 3.12.1 der ImSchZuVO.

VI. Kostenfestsetzung:

Für die Erteilung dieser Änderungsgenehmigung nach dem BImSchG sind auf der Grundlage des Landesgebührengesetzes Rheinland-Pfalz (LGebG) vom 03. Dezember 1974, GVBl. S. 578, in Verbindung mit der Landesverordnung über Gebühren im Geschäftsbereich des Ministeriums für Umwelt und Forsten (Besonderes Gebührenverzeichnis) vom 20. April 2006, GVBl. S. 165 ff, jeweils in den zur Zt. gelten Fassungen, Kosten (Gebühren und Auslagen) zu erheben. Kostenschuldner ist die Antragstellerin (§ 13 Abs. 1 Nr. 1 LGebG).

Nach Nr. 4.1.1.1 des Besonderen Gebührenverzeichnisses beträgt die Gebühr für eine Genehmigung nach den § 4 und 10 BImSchG einer im Anhang der 4. BImSchV genannten Anlage 265,75 € bis 797.600 € (Rahmensatz). Im Falle von Rahmensätzen sind bei der Gebührenbemessung der im Einzelfall mit der Amtshandlung verbundene Verwaltungsaufwand und der wirtschaftliche Wert der Amtshandlung für den Gebührenschuldner zu berücksichtigen (§ 9 LGebG). Die angegebenen Gesamtkosten betragen 2.000.000,00 €.

Neben den Gebühren sind gemäß § 10 LGebG die mit der Amtshandlung verbundenen Auslagen zu erstatten. Die Gebühren für die Mitwirkungshandlungen der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord (SGD Nord) und der weiteren Fachbehörden sind nach § 7, für die SGD Nord i. V. m. Ziffer 4.1.25 des Besonderen Gebührenverzeichnisses, zusätzlich als Auslagen zu erheben.

Weiter sind als Auslagen die Kosten für die öffentliche Bekanntgabe nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) zu tragen (§ 10 Abs. 1 Nr. 4 LGebG).

Hieraus ergibt sich folgende Kostenfestsetzung:

1) Immissionsschutzrechtliche Gebühr

Ziffer 4.1.1.1 des Besonderen Gebührenverzeichnisses	1.200,00 €
--	------------

2) Auslagen für die Mitwirkung von Fachbehörden:

SGD Nord, Regionalstelle Gewerbeaufsicht und Regionalstelle WAB, Trier	2.171,24 €
Verwaltungsgebühren der Abteilung Gesundheitsamt	120,80 €
Verwaltungsgebühren Landesamt für Umwelt, Mainz	250,00 €

gesamt

3.742,04 €

Der Gesamtbetrag in Höhe von 3.742,04 Euro ist unter Angabe des Verwendungszwecks und der Belegnummer 301 346 63 bis spätestens sechs Wochen nach Zustellung zu überweisen.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch bei der Kreisverwaltung Vulkaneifel, Mainzer Straße 25, 54550 Daun, schriftlich, in elektronischer Form nach § 3 a Abs. 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes oder zur Niederschrift erhoben werden.

Bei schriftlicher Einlegung des Widerspruchs ist die Widerspruchsfrist (Satz 1) nur gewahrt, wenn der Widerspruch noch vor Ablauf dieser Frist bei der Behörde eingegangen ist.

Nach § 80 Abs. 2 Nr. 1 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) entfällt die aufschiebende Wirkung von Widerspruch und Anfechtungsklage bei der Anforderung von öffentlichen Abgaben und Kosten mit der Folge, dass sich ein Zahlungsaufschub durch die Einlegung von Rechtsbehelfen nicht ergibt.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung:

(Klaus Benz)
Geschäftsbereichsleiter



K.g., 27/06/23

he
27/6/23



KREISVERWALTUNG VULKANEIFEL

ENTWURF

O:\A6\5610 - neu\Üxheim\01-Üxheim-Wotan-Zement\Neubau Klinkerlager\Ersatzbrennstoffe
2022\Rücknahmebescheid Wotan 07.12.2023.docx

PZU

Kreisverwaltung Vulkaneifel ☒ Postfach 12 20 ☒ 54543 Daun

Fa. Portlandzementwerk Wotan H. Schneider KG
Unten im Hähnchen 1
54579 Üxheim

db. M/12/23

07.12.2023

Abteilung
Bauen
Unser Zeichen
6-5610-Änderungsge-
nehmigung Wotan Er-
satzbrennstoffe
Auskunft erteilt
Dieter Hein
Zimmer
309
Telefon
06592/933-323
Telefax
06592/933-6220
E-Mail
dieter.hein
@vulkaneifel.de

Bürgerservice
info@vulkaneifel.de
06592/933-0
www.vulkaneifel.de

Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG);

hier: Immissionsschutzrechtliche Genehmigung vom 26.06.2023 zum Einsatz von Sekun-
därbrennstoffen (Ersatzbrennstoffen) mit nicht mehr als 25 % Anteil an der Gesamtfeue-
rungswärmeleistung im vorhandenen Drehrohrföfen (max. 12-monatiger Versuchszeit-
raum) und Verwertung mineralischer Stoffe in der Klinkerproduktion auf dem Betriebsge-
lände der Fa. Portlandzementwerk Wotan H. Schneider KG in der Gemarkung Üxheim-
Ahütte, Flur 14, Flurstück 10/1;
Unser Anhörschreiben vom 18.10.2023 zur Rücknahme des o.a. Genehmigungsbeschei-
des;

Sehr geehrte Damen und Herren,

die o.a. immissionsschutzrechtliche Genehmigung nehmen wir gemäß § 48 (1) des Ver-
waltungsverfahrensgesetzes i. V. m. § 1 (1) Landesverwaltungsverfahrensgesetz aus
nachfolgenden Gründen zurück.

Gründe:

im Rahmen der Prüfung eines Widerspruchs zum Genehmigungsbescheid vom
26.06.2023 haben wir festgestellt, dass der Verzicht auf die Öffentlichkeitsbeteiligung
nicht europarechtskonform ist. Beim Zementwerk handelt es sich um eine Anlage nach
der Industrieemissions-Richtlinie (Ri). Gem. Art. 20 Abs. 3 Ri gilt eine Änderung als we-
sentlich i. S. d. Art. 3 Nr. 9 Ri, wenn sie für sich genommen, die Kapazitätsschwellenwerte
der Anlage I erreicht. Diese Voraussetzung ist im vorliegenden Fall gegeben. Daraus re-
sultiert die Pflicht zur Beteiligung der betroffenen Öffentlichkeit i. S. d. Art. 3 Nr. 17 Ri ge-
mäß Art. 24 Abs. 1 Buchst. b i. V. m. Anhang IV Ri. Eine Ausnahmemöglichkeit, die im vor-
liegenden Fall greifen könnte, sieht die Richtlinie nicht vor. Bei europarechtskonformer

Dieses Schreiben wurde maschinell erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.

Kreisverwaltung Vulkaneifel
Mainzer Straße 25
54550 Daun
Gläubiger-ID: DE08ZZZ00000151048
Leitweg-ID: 072330000000-001-61
Umsatzsteuer-ID: DE149932317

Bankverbindungen
Kreissparkasse Vulkaneifel
Postbank Köln
VR Bank RheinAhrEifel eG

IBAN
DE78 5865 1240 0000 0006 04
DE12 3701 0050 0026 2965 06
DE82 5776 1591 0363 6362 00



Auslegung der Richtlinie wäre damit die Anwendung des § 16 Abs. 2 S. 1 BlmSchG ausgeschlossen.

Das Genehmigungsverfahren ist mit Beteiligung der Öffentlichkeit durchzuführen. Da dies vorliegend unterblieben ist, ist der Genehmigungsbescheid formell rechtswidrig. Das öffentliche Interesse an einem rechtmäßigen Genehmigungsbescheid wiegt schwerer als Ihr Individualinteresse an der Aufrechterhaltung des rechtswidrigen Bescheids. Den Fehler im Genehmigungsverfahren hat ein Widerspruchsführer bereits im Widerspruchsschreiben thematisiert; dieser wird mit hoher Wahrscheinlichkeit zur Aufhebung der Genehmigung aus formellen Gründen im Widerspruchsverfahren führen.

Nach Aufhebung des Genehmigungsbescheids vom 27.06.2023 wird das Genehmigungsverfahren mit einer Öffentlichkeitsbeteiligung fortgesetzt und hiernach wird dann erneut über den Antrag entschieden.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch bei der Kreisverwaltung Vulkaneifel, Mainzer Straße 25, 54550 Daun, schriftlich, in elektronischer Form nach § 3 a Abs. 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes oder zur Niederschrift erhoben werden.

Bei schriftlicher Einlegung des Widerspruchs ist die Widerspruchsfrist (Satz 1) nur gewahrt, wenn der Widerspruch noch vor Ablauf dieser Frist bei der Behörde eingegangen ist.

Mit freundlichen Grüßen

In Vertretung:

Klaus Benz
(Geschäftsbereichsleiter)

B 8.12.23

(O.S.)